

MÄNNERPOLITIK(EN)

Herausgegeben von der Heinrich-Böll-Stiftung
und dem Forum Männer in Theorie und Praxis der Geschlechterverhältnisse

Das Forum *Männer in Theorie und Praxis der Geschlechterverhältnisse* ist ein lockeres Netzwerk von Männern, die in den Bereichen Männer-/Geschlechterforschung, Männerbildung, -beratung und -politik arbeiten. Das Forum veranstaltet zwei Fachtagungen pro Jahr, die themenzentriert unterschiedliche Blickrichtungen aus Theorie, Forschung, Praxis und Politik zusammenbringen und insbesondere dem Erfahrungsaustausch dienen. Die Tagungen werden von Mitgliedern des Forums in wechselnden Gruppen vorbereitet und durchgeführt. Die bisherigen Tagungen befassten sich u.a. mit den Themen «Akteure des Wandels – Männer im Gender Mainstreaming», «Männlichkeit und Krieg», «Vater werden, Vater sein, Vater bleiben», «Mann oder Opfer?», «Männer und Körperlichkeit», «Männer und Arbeit». Nähere Informationen dazu finden Sie auch unter www.forum-maenner.de. Dort werden auch die Themen und Termine der geplanten Veranstaltungen angekündigt.

Die Heinrich-Böll-Stiftung unterstützt das Forum als Koordinationsstelle organisatorisch, finanziell und ideell. Wenn Sie in den Verteiler des Forums aufgenommen werden wollen, dann wenden Sie sich an:

Heinrich-Böll-Stiftung, Forum Männer, z. Hd. Henning von Barga
Rosenthaler Str. 40/41, 10178 Berlin, T 49 30 28534-180 F 49 30 28534-5180 E gwi@boell.de

ISBN 978-3-927760-67-7

1. Auflage, Oktober 2007

© bei der Heinrich-Böll-Stiftung

Alle Rechte vorbehalten

Die vorliegenden Beiträge müssen nicht die Meinung der Herausgeber wiedergeben.

Layout: graphic syndicat, Michael Pickardt, Berlin, nach einem Entwurf von blotto Design

Umschlag: blotto Design, Berlin; unter Verwendung eines Bildes
von Karin Fröhlich mit dem Titel «Abschied in Osaka»

Fotos: Es konnten nicht alle Rechteinhaber der Abbildungen ausfindig gemacht werden;
wir bitten sie, sich gegebenenfalls bei den Herausgebern zu melden.

Druck: agit-druck

Bestelladresse:

Heinrich-Böll-Stiftung, Rosenthaler Str. 40/41, 10178 Berlin

T +49 30 285340 F +49 30 28534109 E info@boell.de, www.boell.de

HEINRICH BÖLL STIFTUNG
SCHRIFTEN DES GUNDA-WERNER-INSTITUTS
BAND 1

Männerpolitik(en)

Dokumentation einer Fachtagung des
Forum Männer in Theorie und Praxis
der Geschlechterverhältnisse
und der Heinrich-Böll-Stiftung
am 30.6./1.7.2006 in Berlin

INHALT

- 7 **Vorwort**
- 9 Torben Richter
Männerpolitik(en) Eine nicht repräsentative Umfrage
- 11 Dag Schölper
Nachdenken über Männerpolitik Oder: Männlichkeiten im Spiegel des Politischen – Politiken im Spiegel der Männlichkeiten
- 19 Thomas Gesterkamp
Mann braucht Förderung
- 21 Markus Theunert
Männerpolitik in der Schweiz Herausforderungen einer Männer-/Väterlobby
- 33 Johannes Berchtold
Männerpolitik in Österreich Ziele, Tätigkeiten und Themenbereiche
- 38 Monika Mayrhofer
Männerpolitik im Kontext von Gender Mainstreaming Die Männerpolitische Grundsatzabteilung im Österreichischen Sozialministerium
- 46 **Diskussion (Auszüge)**
- 49 Eberhard Schäfer
Väterpolitik ist, wenn Papa den Ball rein lässt und darüber spricht.
8 Thesen zur Politik für gute Vaterschaft
- 56 Hans-Joachim Lenz
Gewalt gegen Männer als gesellschafts- und sozialpolitisches Problem
9 Thesen
- 58 Jonas Gieseke & Marc Gärtner
Don't hurry, be happy? Work-Life-Balance als (geschlechter)gerechte Neuaufteilung von Arbeit und Leben
- 64 **Programm der Tagung**
- Torben Richter, Willi Walter, Henning von Bargen
CD-ROM: Männerpolitik – Wat is'n ditte? Eindrücke, Bilder, Umfrageergebnisse zu Männerpolitik(en)

VORWORT

Wenn heute von «Männerpolitik» die Rede ist, wird oft «Männer machen (geschlechtsblind) Politik» assoziiert. Darin steckt dann auch die Vermutung, dass Männer mehr von ihrer eigenen Politik profitieren als Frauen. Mit Gender Mainstreaming wurde jedoch auch ein anderer Blickwinkel eröffnet. Wird die Kategorie «Geschlecht» differenzierter betrachtet, zeigt sich schnell, dass nicht alle Männer von der herrschenden «männlichen» Norm profitieren, denn sie passen und gehören nicht ins Bild jener dominanten Gruppe, die die Politik, in einem eher engen Sinne, bestimmt. Traditionelle Rollenzuschreibungen wie z.B. Risikofreudigkeit oder Leistungs- und Einsatzbereitschaft oder einseitige Erwerbszentrierung mögen auf der einen Seite als profitabel für Männer erscheinen, fordern aber andererseits von vielen Männern einen hohen Tribut, wie z.B. eingeschränkte Möglichkeiten zur aktiven Vaterschaft, Tendenzen zur sozialen und familiären Isolation, männertypische Berufskrankheiten oder geringere Lebenserwartung.

«Männerpolitik» im oben angedeuteten Sinn liegt also oft nicht im Interesse von Männern, weil sie geschlechtsbezogene Probleme leugnet und alle Männer unter eine (hegemoniale) Männlichkeit subsumiert.

Emanzipatorische und gleichstellungsorientierte Männerpolitik, die ihre Auswirkungen auf Männlichkeiten und Geschlechterverhältnisse reflektiert, könnte demgegenüber dazu beitragen, spezifische Probleme von Männern in ihren unterschiedlichen Lebenslagen zu thematisieren und in den Geschlechter- und Gleichstellungsdiskurs einzubringen. «Männliche Problemzonen» gibt es genug: ob es z.B. um Wehrpflicht (Zwangsdienst) nur für Männer, Männer als Opfer von Gewalt, Integration von Migrantinnen und Migranten, Vaterschaft, Homophobie, Vereinbarkeitsfragen, Sorgerecht, neoliberale Individualisierungstendenzen im Globalisierungskontext, die Feminisierung des Erziehungs- und Bildungsbereiches oder um klassische Gleichstellungspolitik geht, die Männer bislang oft ignoriert – immer gibt es auch männlichkeitsspezifische Frage- und Problemstellungen.

Vor diesem Hintergrund hat die hier dokumentierte Tagung die Frage bearbeitet, ob wir – und wenn ja, welche – «Männerpolitiken» brauchen, um Gleichstellungspolitik und Geschlechterdemokratie voranzubringen. Bestehende männerpolitische Ansätze im deutschsprachigen Raum wurden vorgestellt und daraufhin überprüft, welche Effekte sie haben und inwiefern sie geeignet sind, Geschlechterdemokratie voranzubringen. Dabei wurde auch die Frage nicht ausgespart, ob durch eine Etablierung von gleichstellungsorientierter Männerpolitik nicht gleichzeitig wieder ein dualistisches Geschlechterverständnis reproduziert und Geschlechterdifferenzen verstärkt

statt überwunden werden. Die zum Teil sehr kontroversen Diskussionen deuten daraufhin, dass mit der Tagung der Anfang für weitere interessante Debatten gesetzt wurde, die möglichst auch im Dialog mit frauenpolitisch oder feministisch engagierten Frauen geführt werden sollten.

Dieser Dokumentation liegt eine CD mit Filmausschnitten einer Befragung zu Männerpolitiken bei, die im Vorfeld der Tagung durchgeführt wurde.

Henning von Barga
Heinrich-Böll-Stiftung

Harry Friebel, Andreas Goosses, Andreas Heinze, Hans-Joachim Lenz,
Torben Richter, Dag Schölper, Reinhart Stoelzel, Peter Thiel, Willi Walter
*Vorbereitungsgruppe Forum Männer in Theorie und Praxis
der Geschlechterverhältnisse*

Männerpolitik(en)

Eine nicht repräsentative Umfrage

Bei der Entscheidung, «Männerpolitik(en)» als Titel einer Tagung zu wählen, waren wir, die Mitarbeiter des Forum Männer, uns über den Umstand im Klaren, dass dieser Begriff eher mehr Fragen aufwirft, als eine klare Vorstellung der Programmatik und des Inhalts der Tagung zu vermitteln. Denn «Männerpolitik» kommt als Terminus im Gegensatz zu «Frauenpolitik» im deutschen Sprachgebrauch nicht vor. Somit blieb zunächst offen, was «Männerpolitik(en)» bedeuten kann und welche politischen Forderungen durch sie generiert werden können.

Männer sind in ihrer geschlechtlichen Spezifität in der Politik nicht repräsentiert – insbesondere nicht jene Männer, die sich dem Modell der Geschlechterdemokratie entsprechend auf neue Wege begeben und ein anderes Lebensmodell wählen. Des Weiteren gibt es keine Institutionen, die sich dem Projekt «Männerpolitik» widmen.

Im Vorfeld der Tagung haben wir erst einmal Meinungen zu dem Begriff «Männerpolitik» und der damit verbundenen Thematik gesammelt. Wir begaben uns mit Kamera und Mikrofon ausgestattet auf die Straßen von Berlin und führten Interviews. Auf Grundlage der Interviews entwickelten wir Fragebögen, die wir an politisch engagierte Institutionen schickten. Denn für die politische Entscheidungsfindung ist unserer Meinung nach sowohl der Elitendiskurs auf der Ebene von Institutionen bedeutsam, als auch die «Stimme des Volkes». Gerade Geschlechterpolitik ist in ihrer Umsetzbarkeit und Reichweite von der Meinung des gesellschaftlichen Mainstreams abhängig, da die Performanz der alltäglichen Lebensführung der Ort ist, an dem sich geschlechtsspezifische Verhaltensweisen herausbilden oder auch abgebaut werden.

Insgesamt war es unser Anliegen, den Diskurs zum Thema «Männerpolitik» zu erfassen und zentrale Merkmale von Aussagen herauszuarbeiten. So wurden Menschen in Berlin an verschiedenen Standorten wie der Universität, dem Reichstag und dem Kottbusser Tor in Kreuzberg befragt. Diese unterschiedlich strukturierten Lokalitäten versprachen eine möglichst differenzierte Grundgesamtheit der befragten Personen. Eine Dokumentation der Interviews befindet sich auf der beigelegten CD dieses Heftes.

Schon nach den ersten Interviews war festzustellen, dass Fragen wie: «Was fällt Ihnen spontan zum Begriff Männerpolitik ein?» oder: «In welchen gesellschaftlichen Bereichen halten Sie eine engagierte Männerpolitik für notwendig?» die Befragten vor mehr oder weniger große Probleme stellten. Der Begriff Männerpolitik wurde zunächst des Öfteren als «Politik an sich» identifiziert, da in hohen politischen Ämtern Männer überrepräsentiert sind. So assoziierten die Interviewten «Schröder und Putin» oder «Krieg» mit dem Begriff Männerpolitiken. Doch bei erneutem Nachfragen war durchaus zu erfahren, dass Problemfelder wie die Bildungspolitik oder die Vereinbarung von Familie und Beruf von vielen Menschen, Männern wie Frauen, als ein Bereich angesehen werden, in denen Männer eine politische Unterstützung benötigen.

Wenn man den Aussagen mancher Befragten folgt, scheint es in Deutschland von Arbeitgeberseite nicht erwünscht zu sein, dass Männer in Erziehungsurlaub gehen

oder Teilzeit arbeiten, um sich mehr der Familie zu widmen. Die Einführung des «Elterngeldes» zum 1. Januar 2007, mit dem Vorteile verknüpft sind, wenn beide Eltern sich die Pflege des Nachwuchses teilen, wird als ein erster Schritt in die richtige Richtung angesehen. Damit werde jedoch kein Druck auf Arbeitgeber ausgeübt, so dass weiterhin Aufstiegschancen im Beruf mit dem Verzicht auf eine Auszeit für Väter verknüpft bleiben.

Dass der Begriff «Chancengleichheit» noch immer verstärkt auf den Beruf bezogen wird und nicht die Chancen für Männer auf Teilhabe an «Elterarbeit» mit einschließt, geht sicher zum Teil auf die schlechte Reputation von Haushaltstätigkeiten in einer Arbeitsgesellschaft zurück, in der mit Arbeit immer noch in erster Linie «Erwerbsarbeit» gemeint ist. Jedoch könnten politische Institutionen sehr viel daran ändern, wenn sie Männer, die nicht veralteten Lebensmodellen verhaftet bleiben wollen, mehr unterstützen würden.

Anhand von Fragebögen konfrontierten wir Institutionen mit Fragen nach ihren Assoziationen zum Begriff «Männerpolitik» und möglichen politischen Implikationen, die mit «Männerpolitik» einhergehen. Damit sollte ein möglicher Kontrast zwischen den Meinungen auf der Straße und in Institutionen aufgedeckt werden, falls dieser vorhanden wäre. Wir schrieben sowohl politische Stiftungen, Parteien und Gewerkschaften, Interessenverbände von Minderheiten wie Homosexuelle und Migrantinnen und Migranten als auch staatliche Stellen, unter anderem das Verteidigungsministerium und das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, an.

Zunächst konnten wir feststellen, dass die Rücklaufquote der versandten Fragebögen sehr ernüchternd war. Nur acht von 25 angeschriebenen Institutionen antworteten, wobei hervorzuheben ist, dass gerade politische Parteien und staatliche Stellen keinerlei Antworten gaben. Dies ist in erster Linie darauf zurückzuführen, dass in den angeschriebenen Institutionen keine zuständigen Stellen und Personen lokalisiert werden konnten. Während Frauenbeauftragte sich vielleicht aus verständlichen Gründen nicht für «Männerpolitik» zuständig fühlen, ist zu konstatieren, dass selbst bei den Stellen, die sich mit Problemen der Geschlechtergleichstellung befassen, die Benachteiligung von Frauen im Fokus steht. So wurde schon im Zuge der Erfassung unseres Gegenstands eine erste Problematik für Männer in öffentlichen Institutionen aufgedeckt: Es gibt keine Ansprechpartner.

Institutionen wie politische Stiftungen, Parteien, gleichstellungspolitische Nichtregierungsorganisationen und staatliche Stellen lehnten den Begriff «Männerpolitik» größtenteils ab, nur drei der acht Institutionen, die sich äußerten, bejahten die Verwendung dieses Begriffs. Die Ablehnung wurde damit begründet, dass mit dem Begriff Polarisierung vorangetrieben werde und deshalb «Gender Mainstreaming» nicht mit «Männer- bzw. Frauenpolitik» in Einklang zu bringen sei. Die Institutionen zeigten sich jedoch durchweg der Thematik gegenüber aufgeschlossen, wobei weniger Forderungen nach politischen Veränderungen geäußert, sondern vielmehr theoretische Aussagen zur Gleichwertigkeit der Geschlechter artikuliert wurden.

Bei einem Vergleich der Interviews mit den schriftlichen Antworten lässt sich ein Unterschied zwischen der gelebten Realität der Menschen und idealistischen Forderungen nach Chancengleichheit für Männer und Frauen konstatieren. Doch «Männerpolitik» sollte nicht allein ein Thema in Elitendiskursen sein. Es bedarf einer Politik für Männer, die deshalb durchaus keine Politik gegen Frauen darstellt.

Nachdenken über Männerpolitik

Oder: Männlichkeiten im Spiegel des Politischen –
Politiken im Spiegel der Männlichkeiten

Einleitung

In der Vorbereitungsgruppe zur hier dokumentierten Tagung herrschte Uneinigkeit darüber, wie die einzelnen mitwirkenden Männer zum Begriff «Männerpolitik» stehen. Während einige emphatisch für die Verwendung und Verbreitung des Begriffs Männerpolitik eintreten, andere lediglich eine pragmatische Verwendung im geschlechterpolitischen Aushandlungsprozess für sinnvoll erachten – gewissermaßen als politisch-strategisches Pendant zu einer mehr oder minder klar vor Augen stehenden Frauenpolitik –, gibt es auch jene, die dem Begriff eher skeptisch bis ablehnend gegenüber stehen, wozu ich mich übrigens zähle. Vorgeschlagene Begriffsalternativen waren «Männlichkeitspolitik» oder salomonisch, wie es sich auch im Tagungstitel wiederfindet, die Verwendung des Plurals: «Männerpolitiken», um so deutlich zu machen, dass es weder *den* Mann noch die eine «Männerpolitik» gibt und geben kann – wie es auch weder *die* Frau noch die eine «Frauenpolitik» gab und gibt.

Unstimmigkeit herrschte auch darüber, wer eigentlich zum zentralen Adressatenkreis zu rechnen sei. Dass es irgendwie um Männer, Jungen und männliche Jugendliche gehen würde, schien irgendwie klar. Auseinandersetzungen entzündeten sich wiederholt an der Frage, wie weit über die heterozentristische Perspektive hinauszu-gehen sei, wenn über die inhaltliche Ausgestaltung und die Ziele von Männerpolitik nachgedacht werden soll. Also: Männerpolitik als Heteroprojekt? Was mein Unbehagen noch vergrößerte.

Die zutage tretenden Differenzen machten deutlich: Es würde nicht einfach, unsere anfangs formulierten Arbeitsfragen zu beantworten, ob Männerpolitik als komplexeres Gegenstück zur Frauenpolitik sinnvoll oder sogar notwendig ist; ob Männerpolitik plus Frauenpolitik in Summe Geschlechterpolitik ergibt. Schnell wurde deutlich: Die Frage muss viel grundsätzlicher sein, und es ist überhaupt erst zu klären, was Männerpolitik empirisch umfassen könnte und normativ-theoretisch umfassen sollte.

Im Folgenden will ich versuchen, deutlich zu machen: warum ich Männerpolitik skeptisch gegenüber stehe und warum ich trotzdem bis zu einem bestimmten Grade finde, dass Männer stärker als politische Subjekte und, wenn man so will, doch «männerpolitisch» oder, treffender, «männlichkeitspolitisch» wahrgenommen werden sollten.

Normative Grundvoraussetzung

Das Ziel von Politik sollte meiner Meinung nach soziale Gerechtigkeit sein und, daran orientiert, die Schaffung und Aufrechterhaltung einer sozialen Ordnung. Eine wesentliche Komponente sozialer Gerechtigkeit ist Geschlechtergleichheit.

Im Mittelpunkt der Tagungen des *Forum Männer in Theorie und Praxis der Geschlechterverhältnisse* stehen die Kategorien «Männer» und «Männlichkeiten». Sie sind, der binären Logik der Kategorie «Geschlecht» entsprechend, unlösbar mit dem Kategorienpaar «Frauen» und «Weiblichkeiten» verbunden. Und da wir uns vorgenommen hatten, uns mit Politik zu beschäftigen, genauer: mit einem Politikfeld, das gegebenenfalls den Namen *Männerpolitik* tragen soll – und zwar positiv und emphatisch und nicht negativ und kritisch distanziert – muss die Wahrnehmung auch auf gesellschaftliche Herrschaftsverhältnisse und Machtverteilung gelenkt werden, um letztlich begründet für sich entscheiden zu können, ob man für oder gegen die Etablierung von Männerpolitik ist oder weiterhin unentschieden bleibt.



Als ich für das Tagungsprogramm den Titel meines Beitrags einreichte, hatte ich nur eine vage Vorstellung davon, was ich letztlich vortragen würde. Aber mir war klar, dass ich verschiedene Facetten aufzeigen wollte, um zu verdeutlichen, wie unterschiedlich auf so etwas wie Männerpolitik geschaut werden kann: Soll der Blick in den Spiegel des Politischen Auskunft über Männlichkeiten geben? Oder wird das Spiegelbild der Männlichkeiten auf ihre politischen Züge hin befragt? Oder sollte sich am Ende herausstellen, dass beides dasselbe ist?

Begriffliches – Politik und Männerpolitik

Politik – eng oder weit

Zunächst ist grundsätzlich zu klären: Begreift man Politik eher *gouvernemental*, d.h. beschränkt auf das Regierungs- oder Staatsgefüge mit seinen Regeln und Institutionen, inklusive «Lobbyismus als Schattenpolitik», oder geht man, einem eher weitem Verständnis folgend, von Politik als einem Prozess des Handelns und Entscheidens aus, das darauf zielt, eine wie auch immer letztthin konkretisierte gesellschaftliche Ordnung zu schaffen und zu sichern, gleichviel wer hierbei Akteur ist und was der Gegenstand des Interesses? Ich bevorzuge dieses weite Verständnis, weil ich darin das größte emanzipatorische und herrschaftskritische Potential sehe und weil es im Sinne sozialer Gerechtigkeit eher zielführend zu sein verspricht.

Eine Voraussetzung für soziale Gerechtigkeit ist weitestgehende egalitäre Partizipation, d.h. gleicher Zugang zu allen gesellschaftlichen Ressourcen (Zeit, Vermögen, Kultur, Gesundheitsvorsorge, Bildung, Arbeit usw.) und zur gesellschaftlichen Mitgestaltung – wenigstens eine faire Chance dazu. Und ein wesentliches Element davon ist die gleiche Verteilung der Zugangschancen zwischen den Geschlechtern. Zusammengefasst besteht mein Ansinnen darin, einen politischen Aushandlungsprozess zu befördern, der all jene einzubeziehen sucht, die im oder vom heutigen politischen System, das ich zugespitzt als Elitenoligarchie bezeichnen möchte, marginalisiert, d.h. an den Rand der herrschenden Gesellschaft gedrängt oder an diesem gehalten werden. Dazu gehören bspw. Kranke – vor allem als Patienten –, dazu gehören Alleinerziehende, Menschen mit Migrationshintergrund, Menschen mit prekärem Aufenthaltsstatus, Langzeiterwerbslose, um nur einige Gruppen zu benennen. Nur mit die-

sem breiten Politikverständnis entfaltet die Kategorie «Geschlecht» in Hinblick auf das Ziel sozialer Gerechtigkeit erstens ihre analytische Schärfe und zweitens ihre politisch-emanzipative Kraft.

Männerpolitiken – policies, polity, politics

Ein beliebtes Spiel in politischen Auseinandersetzungen ist es, den geschlechterpolitischen Spieß einfach umzudrehen. Mit Blick auf männerpolitische Forderungen werden dann frauengleichstellungspolitische Ziele hergenommen und quasi im Umkehrschluss eine Männergleichstellungspolitik formuliert. Das ist in der Regel hübsch plakativ, gründet aber auf mehreren und nicht selten ins Populistische kippenden Vereinfachungen: Zum einen wird Frauenpolitik grundsätzlich reduziert auf eine reformistische Gleichstellungsorientierung. Zum andern wird radikal-feministische, poststrukturalistisch-, dekonstruktivistisch- oder queer-feministische Kritik allgemein und speziell an solchen Formen reformistisch gleichstellungsorientierter Frauenpolitik entweder überhaupt nicht zur Kenntnis genommen oder als Elfenbeinturmdebatten vom Tisch gewischt, samt ihrer weitreichenden, gesellschafts- und vor allem herrschafts- und hierarchiekritischen Überlegungen. Damit wird es jedoch einigermassen wohlfeil, Frauenpolitik zum Popanz zu stilisieren.

Männerpolitik als Analogon zur Frauenpolitik? Zur Policy-Dimension

Nun lässt sich grundsätzlich fragen, inwiefern Frauenpolitik überhaupt als Analogon zur Bestimmung von Männerpolitik sinnvoll ist. Meine Skepsis wächst umso mehr, je stärker diese Frauenpolitik reduziert wird. Wenn beispielsweise nur noch fünf Punkte übrig bleiben – wie im renommierten *Lexikon der Politikwissenschaft* –, dann kann das meiner Ansicht nach nicht mehr mit notwendiger Komplexitätsreduktion entschuldigt werden: Also wenn Frauenpolitik auf die Betätigungsfelder (1) Ehe- und Familienrecht, (2) Gewalt gegen Frauen, (3) den Abtreibungsparagraph 218 StGB, (4) Vereinbarkeit von Familie und Beruf und (5) Arbeitsrechtliche Fragen, z.B. bezüglich Einstellungs- und Beförderungspraxis und Lohnniveau, zusammenschumpft, dann ist das schlicht reduktionistisch, weil die grundsätzliche Kritik an gesellschaftlichen Machtstrukturen unterschlagen wird. Und es wird noch verschlimmert, wenn sie definiert wird als – wie es im Wortlaut des besagten Handbuchs holprig heißt – «Gesamtheit der Maßnahmen, für Frauen den Männern gleiche Chancen und Möglichkeiten in einer Gesellschaft zu schaffen». Damit würde ungebrochen an einem ominösen Leitbild «Mann» (Stichwort: «hegemoniale Männlichkeit») festgehalten.

Aber selbst wenn man sich auf diese fünf Felder beschränkt, dann lässt sich leicht zeigen, dass die einfache argumentative Umkehrung für die inhaltliche Bestimmung von Männerpolitik kaum haltbar ist, wie ich am ersten der genannten Punkte, dem Ehe- und Familienrecht, ein wenig ausführlicher verdeutlichen will.

Männlichkeit im Spiegel der Ehe- und Familienrechtspolitik des 20. Jahrhunderts – Zur Polity-Dimension

Der Kampf von Frauen im Ehe- und Familienrecht setzte in der historischen Rückschau an einem völlig anderen Punkt an als der gegenwärtige Kampf mancher Män-



ner, insbesondere einiger Väter. Sehr anschaulich dargestellt wird das in dem lesenswerten Artikel von Dieter Schwab «Gleichberechtigung und Familienrecht im 20. Jahrhundert». Ich nenne bewusst Schwab, der als Träger des Bundesverdienstkreuzes 1. Klasse gänzlich unverdächtig ist, ein radikal-feministischer Umstürzler zu sein, aber mit einigem Recht als ausgezeichnete Kenner des Ehe- und Familienrechts gilt. In seinem Artikel zeigt er, was sich Frauen alles hart erkämpfen mussten; und er zeigt, dass der Mann im geltenden Recht, d.h. auf Ebene der gesellschaftlichen formal-strukturierten Rahmenbedingungen, nicht mehr nur «von Natur aus» als höherwertig, als überhaupt der Familie angesehen, sondern als solches festgeschrieben wurde. So war es im BGB von 1900 der Fall. Exemplarisch sei daran erinnert: Bis zum Gleichberechtigungsgesetz von 1957 (was das Verfassungsgericht eigentlich schon für 1953 gefordert hatte!) verfügte

der Ehemann über das Recht, das Dienstverhältnis seiner Frau eigenmächtig zu kündigen, wenn er fand, sie sei ihren Ehepflichten nicht mehr ordnungsgemäß nachgekommen. Es blieb auch danach dabei: Ehefrauen durften von Gesetzes wegen nur dann selbst erwerbstätig werden, wenn davon die «Pflichten in Ehe und Familie» nicht tangiert würden. Es dauerte bis 1976, bis der Gesetzgeber sich zum Ehereformgesetz durchringen konnte und beide Eheleute qua Gesetz zu gleichwertigen Partnern wurden. Ehefrau und Ehemann sind rechtlich also erst seit 30 Jahren einander weitgehend gleichgestellt!

Weitere 3 Jahre vergingen, bis die Gleichberechtigung der Eheleute mit dem Sorgerechtsgesetz auch im Verhältnis zu ihren Kindern rechtlich fixiert wurde. Denn bis dahin bestand der sogenannte Stichentscheid (1979) des Vaters fort (obwohl dies vom BVerfG schon 1959 für verfassungswidrig erklärt worden war), also das Recht des Vaters, in strittigen Erziehungsfragen allein zu entscheiden.

Ich hoffe, ich konnte schon am Ehe- und Familienrecht deutlich machen, dass Frauengleichstellungspolitik, bei aller Kritikwürdigkeit, strukturell an einem gänzlich anderen Punkt ansetzte, als es heute eine Männerpolitik je könnte: Es ging darum, eine formalisierte und strukturelle gesamtgesellschaftliche Ungleichheitsposition zu überwinden, die qua Recht und Gesetz und einer damit in Einklang stehenden gesellschaftlichen und institutionellen Praxis hergestellt und aufrecht erhalten worden war und die eine scharfe Grenze zog zwischen der Sphäre des Hauses (Frauen zugewiesen) und der Sphäre der Gesellschaft (Männern zugewiesen).

Nun könnte eingewendet werden, dass die strukturelle Ausgangsposition der Frauen eine andere war; und so gesehen war Frauengleichstellungs-, oder Frauenförderpolitik richtig und wichtig. Und vielleicht ist sie es noch immer. Aber: Damit ist ihre Arbeit auf das Ziel «Gleichberechtigung» hin nicht davor gefeit, dass sie, wie es Max Weber einmal ausdrückte, «üble Nebenerfolge» zeitigt. Und zwar «üble Nebenerfolge», die auch systematisch Männer betreffen könnten.

In diesem Sinne könnte mit einigem Recht gefordert werden, dass alle Regelungen und Entscheidungen (nicht nur) in den benannten Politikfeldern «Familie», «Strafrecht» (§ 218), «Gewaltschutz» oder «Arbeit» auch auf ihre Auswirkungen für Männer hin zu befragen sind. Und, so könnte weiter gefolgert werden, gegebenenfalls wären dann «männerpolitische» Korrekturen angesagt.

Subjektfragen oder: Männerpolitik als Repräsentationspolitik? – Zur Politics-Dimension

Diese Forderung scheint zunächst einleuchtend. Sie führt in meinen Augen jedoch nicht sehr weit. Schließlich deckt sich das mit der zentralen Forderung der fortschreitend institutionalisierten politischen Strategie des Gender Mainstreaming: in allen politischen Prozessen und bei allen politischen Entscheidungen von vornherein die Auswirkungen auf die Geschlechterverhältnisse zu antizipieren.

Wenngleich zweifellos zu kritisieren ist, dass die bisher im Zuge von Gender Mainstreaming vorgenommenen Gender-Analysen, in der expliziten Berücksichtigung der Kategorien «Männer» und «Männlichkeiten», eher unscharf blieben. Hier ließe sich ansetzen und eine stärkere explizite Berücksichtigung und analytische Operationalisierung der genannten Kategorien einfordern. Aber wäre das dann schon Männerpolitik? Schließlich würde lediglich eingefordert, dass die Analyse des Geschlechterverhältnisses, d.h. (1) zwischen Frauen und Männern wie auch (2) zwischen Frauen und Frauen und eben: (3) zwischen Männern und Männern ernster genommen werden solle.

Gender Mainstreaming wurde für Organisationen, v.a. für öffentliche Verwaltungen oder Institutionen konzipiert. Damit werden die Forderungen nach Antizipation möglicher negativer Konsequenzen eines auf ein bestimmtes politisches Ziel hin ausgerichteten Handelns etwa von Seiten eines Interessenverbandes oder eines losen Betroffenennetzwerkes zahllos; d.h., dass Interessenvereinigungen Ziele vertreten und bspw. mittels massiver Lobbyarbeit auch in Gesetzgebungsprozesse einfließen lassen, die in der Regel keine Folgenabschätzung im Sinne der Auswirkungen für die Geschlechterverhältnisse insgesamt, sondern nur im Sinne ihres partikularen Interesses angestellt haben – was in einem liberalen pluralistischen System auch als völlig legitim angesehen werden kann.

So gesehen – und ein wenig zynisch gewendet – könnte Männerpolitik regierungsamtlich institutionalisiert tatsächlich wünschenswert erscheinen, da dann die Artikulation und Durchsetzung der unterschiedlichen Interessen, die jetzt atomisierten Einzelnen, Gruppen und Vereinigungen überlassen sind, transparenter würde und sich auch im Sinne der Querschnittsaufgabe Gender Mainstreaming kritisch auf mögliche Auswirkungen hin befragen lassen müsste.

Probleme der Repräsentation



Damit stoße ich an das Problem von Identitäts- oder Repräsentationspolitik überhaupt. Ich will versuchen, an einem historischen gleichstellungspolitischen Beispiel aus den USA deutlich zu machen, was ich meine: Im Jahr 1851 warf Sojourner Truth in einer kurzen und vielzitierten Rede die grundsätzliche Frage auf, was oder wer eigentlich gemeint sei, wenn von Frauenrechten die Rede ist, und dekonstruierte ganz nebenbei in wenigen Sätzen das damals herrschende bürgerliche Weiblichkeitsbild: «That man over there says / that women need to be helped into carriages, / and lifted over ditches, / and to have the best

place everywhere. // Nobody ever helps me into carriages, / or over mud-puddles, / or gives me any best place! // And ain't I a woman? // Look at me! Look at my arm! / I have ploughed and planted, / and gathered into barns, / and no man could head me! // And ain't I a woman? // I could work as much and eat as much as a man / – when I could get it – / and bear the lash as well! // And ain't I a woman? // I have borne thirteen children, // and seen most all sold off to slavery, / and when I cried out with my mother's grief, / none but Jesus heard me! // And ain't I a woman?»¹

Mit diesem 150 Jahre alten Zitat lässt sich verdeutlichen, dass die Bedeutung des Standpunkts oder, wie es in neueren Debatten heißt, die Sprechposition stets der kritischen Selbstreflexion bedarf. Wenn ich mich als Mann also politisch engagiere, so sollte ich auch bedenken, welche gesellschaftliche Position ich bekleide, von der aus ich meine Forderung in den Raum stelle, und welche Wirkung die Umsetzung meiner Forderung für andere haben könnte. Denn es macht doch einen großen Unterschied, ob es um die Abwendung eines drohenden Verlusts von angestammten Privilegien geht, den man als einzelner durchaus nachvollziehbar als ungerecht empfinden mag, oder ob es um grundsätzlich vorenthaltene Grundfreiheiten und Grundrechte geht, wie am Beispiel des Ehe- und Familienrechts dargestellt, oder ob es darum geht, dass man, angelehnt an Max Webers Machtdefinition, einmal in einer sozialen Beziehung seinen Willen nicht durchsetzen können, oder ob es um grundsätzliche Ohnmacht geht, d.h. niemals die Chance zu haben, sich durchsetzen zu können, weil dieser unüberwindbare Widerstand Normalität ist.

Mit Habermas gesprochen: «Man muss nachweisen können, dass unser Moralprinzip nicht nur die Vorurteile des erwachsenen, weißen, männlichen, bürgerlich erzogenen Mitteleuropäers von heute widerspiegelt.» (Habermas 1991, S. 12)

Zur gleichen Zeit begann u.a. Judith Butler damit, in ihren Arbeiten, mit Blick auf Feminismus und Frauenpolitik, zu verdeutlichen, dass die Annahme, man könne mit einer Politik das Interesse «der Frauen» repräsentieren, weil nahezu alle Frauen gleiche Erfahrungen machen würden, geradezu zwangsläufig dazu führt, dass ein nicht unerheblicher Teil von Frauen sich gegen diesen Repräsentationsanspruch auflehnt, weil in ihrem Namen politische Forderungen aufgestellt werden, denen sie sich nicht anschließen können oder wollen.

Sie gibt zu bedenken – und ich finde das einen sehr überlegenswerten Aspekt –, dass für die Erreichung geschlechterpolitischer Ziele (z.B. gleiche Partizipationschancen) nicht – und auch nicht rein strategisch vorübergehend – Repräsentativität beanspruchend auf die Kategorien Männer und Frauen Bezug genommen werden sollte. Analytisch bleiben die Kategorien weiterhin sinnvoll, da es nach wie vor strukturelle

1 «Der Mann dort drüben sagt, dass Frauen in die Kutsche geholfen werden muss und über Straßengräben hinweg und dass man ihnen überall die besten Plätze frei zu machen hätte. Bisher hat mir noch niemand in eine Kutsche oder über Schlammpfützen geholfen, geschweige denn mir den besten Platz überlassen. Bin ich also keine Frau? Schauen Sie! Schauen Sie hier, meinen Arm. Ich habe gepflügt und gepflanzt und die Ernte in die Scheunen gebracht; und kein Mann war darin besser als ich. Bin ich also keine Frau? Ich kann genauso viel arbeiten und essen wie ein Mann, so ich es kriegen kann, und genauso die Peitsche erdulden! Bin ich also keine Frau? Ich gebar 13 Kinder und musste mit ansehen, wie fast alle von ihnen in die Sklaverei verkauft wurden, und wenn ich weinte in meinem mütterlichen Kummer, hörte mich niemand außer Jesus. Bin ich also keine Frau?» (eigene Übersetzung) Nach Sojourner Truth wurde übrigens 1997 die NASA-Marssonde benannt!

Differenzen zwischen den Gruppen gibt. Als politische Identitätskategorien jedoch bewirken sie, so steht im Anschluss an Butler und andere zu befürchten, systematische Ausschlüsse und produzieren damit erneut eigentlich vermeidbare Diskriminierungen, die ihren Grund in einem sich erneut verfestigenden – wenn auch verschobenen – Geschlechterverhältnis haben. Diese neuen Diskriminierungen können mitunter in Hinblick auf soziale Gerechtigkeit sogar größere Hemmnisse darstellen als der vorherige Status quo.

Folgen für Männerpolitik

Will man Politik trotzdem als Repräsentationspolitik für die Interessen einer Gruppe verstehen, so wäre Männerpolitik dem Namen nach eine Politik für die Interessen der Gruppe der Männer. Aber ähnlich wie bei Frauen kann mit Recht davon ausgegangen werden, dass die Interessen «der Männer» kaum einheitlich sind. Handelt es sich um Männer, die weitgehend dem Typus hegemonialer Männlichkeit entsprechen, so dürften sie andere Interessen haben, als jene Männer, die eher dem Typus marginalisierter Männlichkeiten zuzurechnen sind. Hinzu kommt: Beide Gruppen weisen in sich große Vielfalt auf; man nehme als Beispiel marginalisierte Männlichkeiten wie migrantische Männlichkeit (was für sich genommen als homogene Ordnungskategorie nicht funktioniert), proletarische Männlichkeit (die mit der zuvor genannten Kategorie einige Überschneidungen aufweisen dürfte, auch nicht homogen) und homosexuelle Männlichkeit (die wiederum mit beiden dieser Kategorien Überschneidungen aufweist, nicht homogen) – alle drei bilden nicht den Typus Männlichkeit, der die gesellschaftliche Spitzenpositionen kennzeichnet, der durch Wirtschaftsbesitzer, Spitzenpolitiker, Generäle oder auch durch Topwissenschaftler verkörpert wird, mit ihrerseits je ganz eigenen Interessen und diversen Überschneidungen mit Ausprägungen marginalisierter Männlichkeiten.

Aus diesem Wirrwarr folgt für mich, dass die Beachtung und Einbeziehung dieser unterschiedlichsten Interessengruppen in den politischen Willensbildungsprozess das Ziel sein muss. Das hieße, dass das Ziel von Männerpolitik darin bestünde, zu klären, dass es «die» Männer nicht gibt, sondern auf ihre Vielfalt zu bestehen und dass die Grenzen zu «den» Frauen mitnichten so klar sind. Damit liefe das Projekt «Männerpolitik» letztlich darauf hinaus, das Subjekt aufzulösen, das es dem Namen nach zu repräsentieren vorgibt. Diese Idee finde ich sympathisch.

Stärkung von Geschlecht als Querschnittsperspektive

Wenn mit «Männerpolitik» darauf hingewirkt wird, dass im Rahmen aller denkbaren Politikfelder die geschlechterpolitische Querschnittsperspektive gestärkt werden soll, zu der es eine explizite analytische Berücksichtigung von zum einen Männern bzw. Männlichkeiten, zum andern Frauen bzw. Weiblichkeiten gibt (und all das, was sich nicht so klar dem einen oder anderen Kategorienpaar zuordnen lässt), dann halte ich das ausdrücklich für wünschens- und unterstützenswert. Dann geht es nämlich genau darum, die Überschneidungspunkte unterschiedlicher Gesellschaftspositionen und unterschiedlicher Machtstränge herauszuarbeiten. Beispiele: Die Beantwortung der Frage, wer und was beispielsweise gesundheitspolitisch stärker bedacht und schließlich gefördert werden muss, setzt voraus, dass aktiv darauf hingewirkt wird, dass neben

Pharmaindustrie, Apotheken- oder Ärzteverband (ganz aktuell: Tabakindustrie) gleichberechtigt die Patienten beteiligt werden, am besten schon bevor sie solche werden (Stichwort: Bericht zur Gesundheitssituation – nach Geschlecht).

Am Ende überwiegt die Skepsis

Wenn sich Männerpolitik jedoch darauf beschränkt, nur eine bestimmte Gruppe von Männern vertreten zu wollen, und wenn es sich dabei um die gesellschaftlich vorherrschende Gruppe von Männern, etwa um die Gruppe «verheiratete Männer» oder um die Gruppe der Väter handelt, dann befürchte ich, dass dieses Projekt zu einer Stabilisierung ungleichverteilter geschlechtlicher Macht- und Herrschaftsverhältnisse führt und nicht zu ihrer Überwindung – und damit auch nicht zu gleichen Teilhabechancen an der gesellschaftlichen Mit- und Ausgestaltung und zur Schaffung sozialer Gerechtigkeit.

Der Politologe **Dag Schölper** ist Mitglied des «Forum Männer».

Literatur

- von Alemann, Ulrich; Florian Eckert (2006): Lobbyismus als Schattenpolitik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 15-16/2006, S. 3-10
- Baur, Nina; Siegfried Lamnek (im Erscheinen): Das Bild des Mannes: «Mannsbilder»? in: AGORA. Zeitschrift der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt
- Butler, Judith (1991): Das Unbehagen der Geschlechter, Frankfurt a. M.
- Butler, Judith (2001): Psyche der Macht. Das Subjekt der Unterwerfung, Frankfurt a. M.
- Engel, Antke (2002): Wider die Eindeutigkeit. Sexualität und Geschlecht im Fokus queerer Politik der Repräsentation, Frankfurt a. M.
- Fraser, Nancy (2001): Die halbierte Gerechtigkeit. Schlüsselbegriffe des postindustriellen Sozialstaats, Frankfurt a. M., darin insbesondere Teil I. 2, S. 67-103
- Greven, Michael Th. (2001): Anmerkungen zur Kritik eines funktionalistischen und finalistischen Politikbegriffes, in: Hans J. Lietzmann (Hrsg.): Moderne Politik. Politikverständnisse im 20. Jahrhundert, Opladen, S. 331-340
- Habermas, Jürgen (1991): Erläuterungen zur Diskursethik, Frankfurt a. M., S. 12
- Meuser, Michael; Claudia Neusüß (Hrsg.) (2004): Gender Mainstreaming. Konzepte – Handlungsfelder – Instrumente, Bonn
- Nohlen, Dieter; Rainer-Olaf Schulze (2002): Lexikon der Politikwissenschaft, München, in: Ute Gerhard (Hrsg.): Frauen in der Geschichte des Rechts. Von der frühen Neuzeit bis zur Gegenwart, München, S. 790-827
- Connell, Robert W. (2000): Der gemachte Mann. Konstruktion und Krise von Männlichkeiten, Opladen

Mann braucht Förderung

Das deutsche Feuilleton debattiert die Krise der Männlichkeit. Was folgt daraus für die Politik? Brauchen wir eine Institutionalisierung von Männerinteressen wie in Österreich?

Ein Podiumsgespräch der Friedrich-Ebert-Stiftung in Heidelberg hat die «Geschlechtergerechtigkeit aus Männersicht» zum Thema. Die Organisatorinnen der Veranstaltung sind Frauen, die es spannend finden, mal die Perspektive zu wechseln. Geladen haben sie deshalb ausschließlich männliche Referenten. Doch der Abend nimmt einen anderen Verlauf als erwartet.

Kaum ist das Publikum dran, meldet sich ein männlicher Zuhörer nach dem anderen und klagt massiv über Diskriminierung qua Geschlecht: Wehrpflicht, geringere Lebenserwartung, schlechtere Krebsvorsorge, höhere Suizidraten, miserable Noten männlicher Schüler. Aus ganz Baden-Württemberg, so stellt sich heraus, sind Mitglieder der geschlechterpolitischen Initiative MANNdat e.V. angereist, um ihre Anliegen vorzutragen. Sie fordern zum Beispiel einen Männergesundheitsbericht, Maßnahmen zur Verbesserung der Lesekompetenz von Jungen und mehr Rechte für Scheidungsväter. Sind das Anzeichen für eine neue Bewegung für «Männerpolitik»?

Nimmt man die mediale Aufmerksamkeit im Feuilleton zum Maßstab, scheint es dafür höchste Zeit: Das Wochenblatt widmete dem verunsicherten starken Geschlecht gleich eine ganze Serie unter dem Titel «Männer in Not». NZZ Folio beschrieb Männlichkeit als «hochriskante» Lebensform; Neon fragte, was «der Mann eigentlich will», und richtete ein Internetforum «für harte Burschen» ein. Selbstironisches Leitmotiv: «Wie geht ihr mit eurem schwierigen Los um?» Auch Zitty mühte sich, das allgemeine Wehgeschrei positiv zu wenden. Das Berliner Stadtmagazin entdeckte «die neuen Berliner Jungs», die «entspannt» und «relaxt» mit ihrer Männlichkeit umgehen. Alles halb so schlimm also? Gibt es sie überhaupt, die «Krise der Kerle»?

Die österreichische Regierung ist davon überzeugt. 2001 wurde eine «Männerpolitische Grundsatzabteilung» im Wiener Bundesministerium für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz eingerichtet. Von der Koalition aus Österreichischer Volkspartei ÖVP und den «Freiheitlichen» Jörg Haiders durchgesetzt, stand das Vorhaben von Anfang an in der Kritik. Die oppositionelle SPÖ lief dagegen Sturm, Frauenverbände fürchteten die Umschichtung von Fördergeldern.

Fünf Jahre später haben sich die Wogen zwar etwas geglättet. Doch in diesem Herbst stehen Wahlen an; eine interessante Idee droht an parteipolitischen Querelen, aber auch an ihrer mangelhaften Umsetzung zu scheitern. Die «Grundsatzabteilung» produzierte bisher vor allem Papier: rund ein Dutzend kostenlos erhältliche Dokumentationen, deren Umfang und Ausführlichkeit höchstens noch von den Veröffentlichungen der Brüsseler EU-Bürokratie übertroffen wird. Studien zur «Buben- und Burschenarbeit» oder zur «positiven Väterlichkeit» wurden in Auftrag gegeben, ein Männergesundheitsbericht erstellt und die «Erste Europäische Väterkonferenz» veranstaltet. Der dem Nationalrat vorgelegte «Erste Österreichische Männerbericht» bündelt diese Aktivitäten jetzt in einem weiteren Wälzer – und macht in seiner konzeptionslosen Aneinanderreihung verschiedenster Initiativen das Dilemma von Männerpolitik deutlich.

Männer sind ebenso wenig wie Frauen eine homogene Gruppe. Geschlechterforscher sprechen auf der einen Seite von «hegemonialer Männlichkeit» und meinen damit

die fortdauernde Dominanz an der Spitze von Wirtschaft, Politik und Wissenschaft. Zugleich aber sind schlecht qualifizierte Männer mittlerweile überdurchschnittlich häufig arbeitslos, leiden Väter unter der Trennung von ihren Kindern, birgt der traditionelle männliche Lebensstil ein hohes Gesundheitsrisiko.

Wer die Vielfalt von Männlichkeiten in einer gemeinsamen Politik vertreten will, muss Prioritäten setzen. Die Akzente und Schwerpunkte, die der österreichische Männerbericht gewählt hat, sind fragwürdig: Nach dem Muster des Stuttgarter Vereins «MANNdat» dokumentiert er Benachteiligung in nahezu allen Lebenslagen. Und die geschlechterpolitischen Leitbilder, auf die sich die angeführten Experten etwa beim Thema «Vaterentbehmung» beziehen, sind zum Teil äußerst konservativ.

Es wäre dennoch schade, wenn dieser noch unausgegrenzte Versuch einer institutionalisierten Männerpolitik nach der Wiener Nationalratswahl einfach in der Versenkung verschwände. Die Widersprüche der Männerrolle entwickeln sich auch in Deutschland zu einem wichtigen Thema – das signalisiert die aufgeregte Mediendebatte, die sich vorerst noch im Kulturteil abspielt.

Die einstigen Helden der Industrie auf dem arbeitsmarktpolitischen Abstellgleis; ein Erziehungssystem mit zu wenig männlichen Bezugspersonen; eine Krebsprävention, die als zweitrangig gilt, weil von ihr nicht die biologische Reproduktionsfähigkeit der Gesellschaft abhängt: Das sind keine Erbsenzählereien, sondern Facetten von nicht durchgängig vergoldeten Männlichkeiten – und damit wichtige Themen einer «gegen-derten» Wirtschafts-, Familien-, Gesundheits-, Rechts- oder Bildungspolitik.

In Deutschland finden sich geschlechterpolitische Initiativen aus männlicher Sicht eher im linken Parteienspektrum. So verfolgt die Heinrich-Böll-Stiftung seit ihrer Gründung ein «geschlechterdemokratisches» Konzept. Auch Gewerkschaften wie Ver.di bemühen sich, die traditionelle Frauenpolitik durch eine genderdialogische Sichtweise zu ergänzen. Rechtspopulisten haben das Thema bisher kaum für sich entdeckt. Die Wahlergebnisse gerade in Ostdeutschland zeigen aber, dass die kriselnden Kerle auch politische Sprengkraft beinhalten: Der klassische NPD-Wähler ist jung, männlich und arbeitslos.

Eine «zukunftsorientierte Männerpolitik», wie sie der Schweizer Dachverband «maenner.ch» postuliert, ist in deutschen Verwaltungen bisher nicht einmal in Ansätzen verankert. Die Abwehrreflexe im Umfeld der institutionalisierten Frauenpolitik sind groß. Es gibt Dutzende von Bundes- und Landesministerien, die das Wort «Frauen» im Titel führen, von Männern ist nirgends die Rede. Dabei könnte Ursula von der Leyen durchaus einem Ressort «für Geschlechter- und Generationenfragen» vorstehen. Und wie wäre es mit einem «Gender-Tandem» an der Spitze, einer gemeinsamen Leitung durch eine Frau und einen Mann – womit ganz nebenbei auch noch bewiesen werden könnte, dass Führungspositionen sehr wohl teilbar sind?

Nur weil die politische Richtung der österreichischen Pioniere irritiert, ist der Gedanke einer Männerabteilung oder eines Männerbeauftragten nicht falsch. Der Institutionalisierung von Männerpolitik ergänzend zur Frauenpolitik müssten praktische Schritte folgen: Förderprogramme, die Jungen stärken, mehr Geschlechterforschung aus dezidiert männlicher Perspektive oder auch ein deutscher Männergesundheitsbericht. So papierlastig und einseitig wie in Wien muss es in Berlin ja nicht zugehen.

Thomas Gesterkamp

Männerpolitik in der Schweiz

Herausforderungen einer Männer-/Väterlobby

«Mann, du hast ein Zuhause!», titelte die Online-Ausgabe der größten Schweizer Boulevardzeitung am 28. Juni 2005, dem Tag der Gründung von «männer.ch». Alle anderen nationalen Medien zogen mit. Damit trat ein, was wir in unseren Prognosen als unwahrscheinlichsten Fall angenommen hatten: Wir wurden weder tot geschwiegen noch belächelt, sondern als politische Kraft durchaus ernsthaft – wenn auch nicht immer zutreffend – porträtiert. Erste Erkenntnis: Wir befinden uns in einer gesellschaftlichen «Latenzphase», in der die zukunftsorientierten Männer und Väter als zwar diffuse, aber immerhin doch als Realität wahrgenommen werden. Der Schritt aufs politische Parkett kann an bestehenden Bildern anknüpfen und sich gleichzeitig selbst erfinden, weil diese Vorstellungen noch kaum konkret, durchblutet und gelebt sind. Das ist eine sehr attraktive Voraussetzung – gleichzeitig aber immer auch ein Balanceakt.

Ich werde im Folgenden als erstes die Organisation «männer.ch» als Dachverband der Schweizer Männer- und Väterorganisationen vorstellen, also auch unsere Position und unsere Forderungen. Dafür ist ein kurzer Seitenblick auf die Entwicklung der «Männerbewegung» in der Schweiz notwendig. Ebenso erlaube ich mir einen kurzen staatskundlichen Exkurs über das politische System der Schweiz und skizziere die Möglichkeiten für Nichtregierungsorganisationen, innerhalb dieses Systems Einfluss zu nehmen. Ohne diese Erläuterungen wäre es schwierig, die Strategie von «männer.ch» zu verstehen.

Im zweiten Teil versuche ich, unsere Erfahrungen aus der konkreten Tätigkeit als «Männerlobby» vor dem Hintergrund des Themas «Männerpolitik(en)» nutzbar zu machen. Ich setze mich mit dem – widersprüchlichen – Begriff «Männerpolitik» auseinander und versuche eine Annäherung an die Frage, welches die Erfolgsfaktoren für die Aktivitäten einer Männerlobby sind, indem ich fünf Spannungsfelder darstelle, die «männer.ch» auszubalancieren versucht.

1 Als Männerlobby im politischen System der Schweiz

Die Männerszene Schweiz

In der Schweiz gibt es zwei wahrnehmbare Strömungen von Männer- und Väterbewegungen, die weder personell noch institutionell namhaft miteinander verflochten sind.

Die eine Entwicklungslinie umfasst die «Männerbewegung», wie sie in den 80er Jahren als Antwort auf die Emanzipationsbewegung der Frauen entstanden ist. Sie hat kein primär politisches Selbstverständnis. Hier stehen Persönlichkeitsentwicklung und Selbsterfahrung – also das Bedürfnis nach männlicher Identitätssuche abseits der traditionellen Trampelpfade – im Vordergrund. Es lassen sich profeministische und mythopoetische Tendenzen wahrnehmen, die jedoch sehr unscharf und variabel sind. Institutionelles Zeugnis dieser Bewegung legen fünf regionale Männerbüros ab, die

seit den 90er Jahren neben der Gründung und Betreuung von Männergruppen und der Männerberatung auch im Bereich Gewalt-(Täter-)Beratung aktiv geworden sind.

Die zweite Entwicklungslinie umfasst die «Väterbewegung» – eine Vielzahl mehr oder weniger formeller Bünde von Vätern, die sich nach Trennungen und Scheidungen gemeinsam mit dem Verlust von Kind und Frau auseinandersetzen. Diese Bewegung hat insofern ein politisches Selbstverständnis, als diese Bewegung aktiv gegen das geltende Zivilrecht ankämpft, welches das gemeinsame Sorgerecht nur mit Zustimmung beider Partner ermöglicht – und damit der Frau faktisch ein Vetorecht gegen die gemeinsame elterliche Sorge einräumt. Es gibt dabei moderatere und militantere Organisationen, jedoch kaum eine echt maskulinistische Tonalität oder Positionierung.

Neben diesen Basisbewegungen existiert in überschaubarem Umfang eine professionelle Männerarbeit, die vor allem die Bereiche «Männergesundheit», «Männergewalt» und «Männerspiritualität» umfasst. Ein Dutzend Männerarbeiter aus dem therapeutischen Bereich leben von Kursen und Workshops für Männer.

Bindeglied zwischen den einzelnen Aktivitäten ist am ehesten die *Männerzeitung*, welche seit 2001 als «Zeitung für den emanzipierten Mann» in einer Auflage von 3000 bis 5000 Exemplaren erscheint. Sie hat zum Ziel, «Männerwirklichkeiten ungeschminkt abzubilden», verfolgt also auch einen wenig politischen Kurs.

«männer.ch»: die Entstehung

In dieser Situation haben sich im Jahr 2002 acht Männer aus der professionellen und ehrenamtlichen Männerarbeit mit dem Ziel zusammen getan, der Männerbewegung auch eine politische Stimme zu geben. In unserem Positionspapier formulieren wir die Ausgangslage – nämlich die Nicht-Existenz einer Männerpolitik, die darüber hinaus geht, dass Männer geschlechtsblind Politik betreiben – folgendermaßen: «Viele Männer fühlen sich mit ihren Anliegen von der Politik in diesem Land nicht vertreten. Männliche Politiker integrieren männer- und väterbezogene Themen selten in ihr politisches Engagement. In der Gleichstellungspolitik werden männerspezifische Aspekte und Projekte nach wie vor zu wenig berücksichtigt.»

Gemeinsamer Nenner war die Erkenntnis, dass reale Veränderung der herrschenden Männer- und Väterbilder nur dann möglich ist, wenn mit der Entwicklung auf individueller, psychologischer Ebene auch jene strukturellen Hindernisse aus dem Weg geräumt werden, die einem ausgewogenen Leben als Mann im Weg stehen. Nach knapp dreijähriger Vorarbeit wurde «männer.ch» am 28. Juni 2005 als Dachverband der Schweizer Männer- und Väterorganisationen gegründet.

In den Medienunterlagen haben wir das Anliegen von «männer.ch» folgendermaßen formuliert: «Im Zentrum von männer.ch stehen nicht einzelne Männer und deren individuelle Herausforderungen, sondern die gesellschaftlichen und politischen Strukturen, die das Mannsein beeinflussen – und die der Entwicklung von zukunftstauglichen Männerbildern und -rollen im Weg stehen. männer.ch ist die politische Stimme jener Männer und Väter, die sich aus Männersicht für Gleichstellung und Geschlechterdemokratie einsetzen – und darum besorgt sind, dass die Männer in diesem Prozess nicht vergessen gehen oder ihn verschlafen.»

Als Kerngeschäft ist die politische Interessensvertretung klar definiert. Sämtliche Beratungs- und Dienstleistungsangebote werden unseres Erachtens klugerweise in

den Regionen, also direkt vor Ort, entwickelt und erbracht. Eine übergeordnete Struktur braucht es aber zwingend, um die Interessen zu bündeln und kohärent in den politischen Prozess einzubringen.

«männer.ch»: die Organisation

Einige Fakten: Kollektivmitglieder: 20 Organisationen mit ihrerseits gut 3000 Mitgliedern (was für schweizer Verhältnisse schon ganz beachtlich ist; zum Vergleich: Die Berufsverbände der Anwälte/innen und Psycholog/innen haben ca. 5000 Mitglieder); Einzelmitglieder: 250; Geschäftsführer mit 30 Stellenprozenten; ehrenamtlicher Vorstand.

männer.ch betrachtet sich als professionelle politische Interessenvertretung, die auf Bundesebene gezielt auf die politischen Entscheidungsprozesse Einfluss zu nehmen versucht. Lobbying ist zu verstehen als «eine Form der interessengeleiteten Kontaktpflege zu (politischen) Entscheidungsträgern, um diese im Vorfeld anstehender Entscheidungen im Sinn der jeweiligen Interessen von Unternehmen, Verbänden, Vereinigungen etc. gezielt zu beeinflussen» (Merten, 2003). Lobbying bedingt in einem kleinen Land wie der Schweiz nicht unbedingt enorme Geldmittel. Eine Grundprofessionalisierung, welche das kontinuierliche Verfolgen und Begleiten der politischen Prozesse ermöglicht, ist aber unerlässlich.

Exkurs: das politische System der Schweiz

In der Schweiz leben ca. 7 Millionen Menschen, wovon 2/3 der deutschsprachigen Mehrheit und 1/3 den französisch-, italienisch- und rätoromanisch-sprechenden Minderheiten angehören. Die Schweiz ist seit 1848 ein föderaler Bundesstaat, bestehend aus 26 Kantonen mit 2740 Gemeinden. Das politische System baut auf dem Subsidiaritätsprinzip auf: Nur was auf kommunaler Ebene nicht geregelt werden kann, wird kantonale geregelt; nur was kantonale nicht geregelt werden kann, wird auf Bundesebene geregelt. So legt in der Schweiz jede Gemeinde den Steuersatz selber fest. Es gibt auch 26 unterschiedliche Schulsysteme und dass diese nun harmonisiert werden, ist für die Schweiz bereits eine Errungenschaft.

In der Hauptstadt Bern tagt das Bundesparlament, welches als Zwei-Kammer-System aufgebaut ist: Der Nationalrat – die Grosse Kammer mit 200 Parlamentarierinnen und Parlamentariern – ist die Volksvertretung; pro 36000 Einwohner gibt es hier einen Sitz. Der Ständerat – die Kleine Kammer mit 46 Parlamentarierinnen und Parlamentariern – ist die Kantonsvertretung; jeder Vollkanton kann zwei Sitze besetzen, jeder Halbkanton einen. Als Exekutive fungiert der siebenköpfige Bundesrat, in dem die vier großen Parteien von links bis rechts gemeinsam nach dem so genannten Kollegialitätsprinzip regieren; alle Bundesräte und -rätinnen müssen gemeinsame Beschlüsse mittragen, auch wenn sie selber anders votiert haben. Einen Präsidenten oder Kanzler nach deutschem Muster kennen wir nicht. Die vier Bundesratsparteien sind die Sozialdemokratische Partei am linken und die Schweizerische Volkspartei am rechten Rand mit je ca. 25 Prozent Wähleranteil. In der Mitte gibt es die Christdemokraten CVP und die Freisinnigen FDP mit je knapp 20 Prozent. Die restlichen Wähleranteile verteilen sich auf die Grünen mit ca. 10 Prozent und verschiedene Kleinparteien.

Das Parlament funktioniert nach dem Milizsystem, das heißt: Die politische Tätigkeit ist ein Nebenamt. Das Parlament tagt jährlich nur während vier «Sessionen» von je drei Wochen Dauer pro Jahr. Eine weitere Besonderheit ist die Bedeutung der direkt-demokratischen Instrumente. Jede Verfassungsänderung muss vom Volk abgesegnet werden. Gegen jedes Gesetz kann mit 50000 Stimmen das Referendum ergriffen und damit eine Volksabstimmung erzwungen werden. Mit 100000 Unterschriften kann eine Initiative auf Verfassungsänderung eingereicht werden.

Diese Eigenheiten des politischen Systems der Schweiz haben drei Konsequenzen, die für unsere Arbeit als Männerlobby von Bedeutung sind:

- Parlamentarierinnen und Parlamentarier können gar nicht in der Lage sein, die Komplexität aller Geschäfte zu durchdringen. Deshalb spielt einerseits die Verwaltung eine wichtige Rolle. Andererseits braucht es Interessensverbände, um die Informationen zu verdichten, aufzubereiten und den legislativen Prozess zu begleiten.
- Die Kleinheit der Schweiz beschränkt auch die Zahl der professionellen Einflüsterer. In den USA gibt es rund 100000 Lobbyisten, wovon 20000 in Washington bundespolitisch aktiv sind. In Brüssel sind es 15000. In der Schweiz 300 bis 400. Lobbying ist dabei ein Graubereich: Eine formelle Akkreditierung gibt es nicht. Jeder Parlamentarier und jede Parlamentarierin verfügt über zwei so genannte «Lobbyisten-Karten», welche freien Zutritt ins Bundeshaus ermöglichen.
- Die Entstehung eines Gesetzes ist ein langwieriger Prozess. Zehn Jahre sind keineswegs außergewöhnlich lang. Zuerst erarbeitet die Verwaltung – meist in Zusammenarbeit mit externen Expertenkommissionen – eine Vorlage. Der Bundesrat fertigt dazu eine «Botschaft» an und schickt den Entwurf in die Vernehmlassung zu den Kantonen und Verbänden. Nachdem die mehrheitsfähigen Änderungswünsche integriert sind, wird die Vorlage zuerst von der vorbereitenden Kommission des Erstrats behandelt, dann vom Ertrat selber, dann von der Kommission des Zweitrats, dann vom Zweirat. Daran an schließt die Differenzvereinbarung. Zuletzt kommt es – fakultativ oder obligatorisch – zur Volksabstimmung.

Wichtig für uns: Je früher der Gesetzgebungsprozess ist, umso leichter kann er beeinflusst werden. Auf Verwaltungsstufe genügt ein einfacher persönlicher Kontakt zum verantwortlichen Beamten. Noch auf Kommissionsstufe ist die Zahl der Entscheidungsträger überschaubar und damit persönlich kontaktierbar. Um die Behandlung in den Räten noch zu beeinflussen, braucht es schon massierte Lobbyinganstrengungen. Eine Abstimmungskampagne schließlich verschlingt in jedem Fall Millionenbeträge. Es handelt sich bei diesem Zusammenhang um die Unterscheidung zwischen Lobbying und Campaigning.

«männer.ch»: die Positionierung

Die Gründungsgruppe hat enorm viel Zeit investiert, um die Positionierung und Haltung von «männer.ch» zu definieren. Alle Männer hatten, in unterschiedlicher Ausprägung, zwei Motive: auf der einen Seite das Bedürfnis nach einer geschlechtergerechteren Gesellschaft, auf der anderen Seite das Bedürfnis, als Mann nicht unter die Räder zu kommen. In der Positionierung von «männer.ch» wurde eine Unterscheidung

zentral, die von Erich Lehner und Christa Schnabl in ihrem äußerst lesenswerten Artikel «Geschlechtergerechte Politik – Grundlagen für die Konzeption von Männerpolitik» (2005) sehr schön herausgearbeitet wurde:

Männerpolitik als Klientelpolitik

Diese Männerpolitik versteht sich als anwaltschaftlicher Ansatz mit dem Ziel, Benachteiligungen und Diskriminierungen von Männern und Vätern zu benennen und politisch zu bekämpfen. Problematisch hierbei ist, dass der Politikbegriff von einem Verteilungskampf um beschränkte Ressourcen ausgeht und im Bereich der Männerpolitik Gefahr läuft, Teil eines Geschlechterkampfes zu werden. Das dahinter liegende Männerbild baut auf einer Defizitorientierung auf, nährt sich aus den Gefühlen, «zu kurz zu kommen», und ist seinem Wesen nach unsolidarisch.

Männerpolitik als Beitrag zur Geschlechterdemokratie

Diese Männerpolitik versteht sich als eigenständiger Beitrag im Konzert einer größeren Allianz, welche Geschlechterdemokratie als übergeordnetes Ziel anstrebt. Politik wird hier als Versuch verstanden, gemeinsam Lösungen zu erarbeiten, die zu einer konsensuellen Lösung mit Vorteilen für beiden Seiten führen. Das dahinter liegende Männerbild ist ressourcenorientiert und nährt sich aus dem Gefühl der Generativität, der Fürsorglichkeit und Nachhaltigkeit, ja, der Liebe. Das Problem hierbei ist, dass dieser Politikbegriff quer zum allgemeinen Selbstverständnis des politischen Systems liegt.

männer.ch hat sich auf dieser zweiten Ebene positioniert, ohne sich völlig von der ersten Ebene abzugrenzen. Wir sehen den Übergang zwischen den beiden Ebenen als Entwicklungsprozess, den sowohl jeder einzelne Mann wie auch die Männerpolitik wie auch die institutionelle Politik machen muss. Klar ist aber: Die Männerpolitik von «männer.ch» sieht die Gleichstellungsbewegung der Frauen nicht als Widersacherin, sondern als Partnerin. Im Positionspapier formulieren wir auch klipp und klar: «männer.ch fühlt sich der unbedingten Gleichwertigkeit von Männern und Frauen verpflichtet. Gleichwertigkeit ist die Bedingung für die tatsächliche Gleichstellung und Gleichberechtigung der Geschlechter.»

In der Kommunizierung unseres Anliegens haben wir uns bewusst für eine gewisse Massentauglichkeit entschieden und suchen die Abgrenzung von den Klischeebildern des «bewegten Mannes». Obwohl die strukturelle Veränderung unser Kerngeschäft ist, steht im Zentrum des «Labelings» der individuelle Profit, den Männer aus der Veränderung beziehen können. Der Slogan «Mehr Mann. Ganz Mensch» versucht, die Definitionsmacht traditioneller Männlichkeit zu brechen. Er behauptet frech, dass ein Mann sowohl männlicher wie menschlicher wird, wenn er all jene Seiten zu integrieren versteht, die im Anforderungskatalog hegemonialer Männlichkeit ausgeschieden worden sind.

«männer.ch»: die Forderungen

«männer.ch» hat sechs Themenbereiche definiert, innerhalb derer wir politisch aktiv werden:

- Arbeit (z.B. Forderung nach Förderung und Anerkennung von Teilzeitarbeit, Etablierung von Job-Sharing-Modellen etc.);
- Vaterschaft (z.B. Forderung nach einem Vaterschaftsurlaub);

- Bildung (z.B. Forderung nach stärkerer Präsenz von Männern in Kindergarten und Primarschule);
- Gewalt (z.B. Forderung nach Abschaffung der Wehrpflicht);
- Sexualität (z.B. Forderung nach voller rechtlicher Anerkennung von Prostituierten);
- Gleichstellung (z.B. Forderung nach angemessener Vertretung der Männer in den Gleichstellungsinstitutionen).

2 Die Männerlobby: ein Widerspruch und fünf Balanceakte

Im folgenden geht es um die Überlegungen und Erfahrungen von «männer.ch» zur erfolgreichen strategischen und kommunikativen Positionierung einer Männerlobby. Bevor ich aber damit beginnen kann, muss ich einen grundlegenden Widerspruch thematisieren. (Die Ausführungen über den Begriff «Männerpolitik» gelten übrigens auch für den Begriff «Männerlobby».)

Männerpolitik ist ein Widerspruch in sich. Wenn Politik Männersache ist, ist Politik zwangsläufig Männerpolitik. Diese Gleichung hatte bis weit ins letzte Jahrhundert Gültigkeit – in der Schweiz noch etwas länger; bei uns wurde das Stimm- und Wahlrecht für Frauen erst 1971 eingeführt! Zum Teil gilt diese Gleichung noch heute. Die zahlenmäßige Vertretung der Frauen ist zwar in der Zwischenzeit respektabel, wenn auch immer noch nicht paritätisch und somit immer noch nicht ausgewogen. Die Spielregeln der Politik aber gehorchen immer noch Identitätsmerkmalen hegemonialer Männlichkeit: der Stärkere gewinnt, Gefühle sind ein Zeichen von Schwäche etc. Wenn ich Politiker sehe – egal ob in der Schweiz oder in Deutschland – sehe ich jedenfalls meist Jungs, die sich riesengroß aufplustern.

Das Problem für unsere Thematik ist dabei Folgendes: Der Mann als Träger der Politik und die Männlichkeit als Systemeigenschaft der Politik werden nicht auseinander gehalten. Man könnte sagen: Männerpolitik und «männliche» Politik sind in der öffentlichen Wahrnehmung zwei synonyme Begriffe. Und eine «neue Männerpolitik» hat damit grundsätzlich ein immenses Abgrenzungsproblem. Sie erfindet etwas, was es eigentlich gar nicht zu erfinden gibt, weil es das schon immer gegeben hat. Unsere Aufgabe ist es, Männerpolitik umzudefinieren (und die Umdefinition eines abstrakten Begriffs ist kommunikativ wohl etwas vom anspruchsvollsten überhaupt). Träger der Männerpolitik bleiben Männer, aber sie haben erstens eine Bewusstheit für ihr Mannsein, und ihr Politikbegriff orientiert sich zweitens nicht an dem traditionell männlichen.

Erschwerend kommt hinzu, dass sich Männerpolitik nicht primär gegen etwas richten kann, sondern für eine Idee einsteht. Es ist kaum an uns Männern, jetzt lautstark zu klagen, wie furchtbar schwer das Leben als Mann ist. Wir können uns zwar von den traditionellen Männern und ihrem System abgrenzen – aber uns nicht völlig mit ihnen ent-solidarisieren. Ich meine, es gibt auch eine gewisse Solidarhaftung mit allen Geschlechtsgenossen, welche die heutigen Männer- und Menschenbilder kreiert haben. Wir alle sind Verlierer und Profiteure traditioneller Männlichkeit. Selbst der größte männliche Männlichkeitsverlierer bekommt noch eine – wenngleich mickrige – Rendite traditioneller Männlichkeit. Kurz: Eine «neue Männerpolitik» hat keinen personifizierten «äußeren Feind». Die Frauen zwecks Kohäsion der Männerbewegung zu diesem Feind zu machen erachte ich als unlauter. Es sind beim besten Willen nicht die

Frauen schuld an der desaströsen Bilanz traditioneller Männlichkeit. Diese Verantwortung tragen aber auch nicht «die Männer» als Gesamtheit. Es ist eine Ideologie der Maskulinität, der wir die rote Karte zeigen müssen. Sie offenbart sich leider nur selten in Reinkultur und ist deshalb nur sehr schwer zu fassen.

Eine «neue Männerpolitik» muss also die Definitionsmacht ergreifen und den Begriff mit neuem Leben füllen. Dafür muss sie sich konsequent von der Ideologie traditioneller Männlichkeit abgrenzen, ohne ihre Teilhabe an diesem System zu verleugnen und ohne sich mit dem je einzelnen Mann – egal, wie traditionell er ist – zu solidarisieren.

Damit dieser Spagat gelingen kann, braucht eine «neue Männerpolitik» immer zwei Beine. Sie kann die «alte Männerpolitik» nicht negieren, sondern nur ergänzen. Hier glaube ich an eine Analogie zwischen politischer und individueller Entwicklung:

- Modernes Mannsein kann nur in der Verbindung der traditionell männlichen Werte und Eigenschaften mit den traditionell nicht als männlich vorgesehenen Werten und Eigenschaften gelingen. Diese Integration geschieht nach Maßgabe der Bedürfnisse und Potentiale des einzelnen Mannes.
- Eine «neue Männerpolitik» muss die Werte und Eigenschaften traditioneller Männerpolitik verbindend ergänzen mit den Werten und Eigenschaften einer neuen Männerpolitik. Diese Integration geschieht nach Maßgabe des Anspruchs nach Gesundheits- und Gesellschaftsverträglichkeit von Männlichkeitsbildern.

Wenn wir glaubwürdig sein wollen, kappen wir unsere Wurzeln nicht. Sondern wir wachsen aus ihnen hinaus. Dazu braucht es eine stetige dynamische Balance zwischen den widersprüchlichen Anteilen. Eine «neue Männerpolitik» ist ein kontinuierlicher Balanceakt, der mit Nicht-Eindeutigkeiten umzugehen weiß und keine Entscheidung erzwingt, sondern die Verbindung von vermeintlich Unverbindbarem sucht. Im Folgenden möchte ich fünf Balanceakte darstellen, in denen wir uns von «männer.ch» momentan befinden. Es handelt sich dabei – auch oder gerade weil sie in der Form von Muss-Sätzen formuliert sind – um Thesen. Um diese eher abstrakten Ausführungen etwas zu veranschaulichen, verknüpfe ich die Balanceakte mit konkreten Beispielen.

Balanceakt 1: Positionierung

Eine Männerlobby muss Männlichkeitskritik und umfassende Systemkritik üben. Sie muss anwaltschaftlich gegen Benachteiligungen von Männern und Vätern angehen und die Verteilungsebene mit dem Horizont «Geschlechterdemokratie» überwinden.

Die Schweizer Männerlobby übt auf der Ebene der grundsätzlichen Positionierung Männlichkeitskritik: Sie versucht, die einschränkende, krankmachende Wirkung der traditionellen Männerbilder darzustellen und diese Bilder zu dekonstruieren, indem sie den Gewinn für Männer zeigt, den sie erhalten, wenn sie lebensfreundlichere Alternativen leben. Vorbedingung dafür ist, dass sich Männer selber als Wesen mit einem sozial geprägten Geschlecht wahrnehmen, die nicht einfach als Mensch-Mann-Normwesen zur Welt gebracht werden. Hier mangelt es noch an Bewusstheit, die meist erst kommt, wenn äußerer oder innerer Leidensdruck solche Prozesse anstoßen. Das ist leider in der Regel erst nach Scheidung, Arbeitsplatzverlust oder anderen Krisenereignissen – und damit biografisch relativ spät – der Fall.

Wächst aus einer Krise die Bewusstheit, (zumindest auch) zum Mann gemacht worden zu sein, besteht die große Gefahr, dass sich diese Einsicht eine Projektionsfläche sucht, der sie die «Schuld» daran (sowohl an den herrschenden Männlichkeitsbildern wie auch an der je individuellen Männerbiografie) zuweisen kann. Hier bieten sich beispielsweise die überfürsorglichen Mütter, die abwesenden Väter, die «Emanzen» oder die abzockenden Manager an. Alle diese Erklärungsmuster manövrieren den kritisierenden Mann in eine Opferrolle. Opfer aber müssen keine Verantwortung für ihr Schicksal übernehmen – denn sie sind ja Opfer.

In der Regel wird das Übel – meiner Erfahrung nach – irgendwo im Weiblichen verortet. Psychologisch betrachtet spülen hier wohl Kränkungserfahrungen tief verwurzelte Urbedürfnisse nach der Rückkehr in den Mutterschoß an die Oberfläche; wenn der Mann die Enttäuschung über deren Nichterfüllung nicht selbstliebend und -nährend ertragen kann, sucht sie sich destruktive Ausflüsse.

Wir haben als Männerlobby demnach eine ausgesprochen schwierige Ausgangslage: Unsere «Klientel» wird typischerweise durch Defiziterfahrungen dazu motiviert, sich mit unseren Ideen auseinanderzusetzen (alle anderen Männer können sich dumm stellen) und neigen dazu, Schuldige zu suchen. Gleichzeitig wollen wir als Organisation nicht auf der Ebene der Defizite oder generell der Vergleiche operieren, sondern aus Männerperspektive ressourcenorientiert nach geschlechterdemokratischen Lösungen suchen.

Hier gibt es wieder eine Parallele zwischen individueller und Organisationsentwicklung: Wir können nur dann eine ressourcenorientierte Auseinandersetzung führen, wenn wir als Männer die Verantwortung für unser Mannsein übernehmen. In der politischen Positionierung machen wir uns dadurch einerseits zu selbstbewussten Handelnden und verrücken andererseits den Fokus. Es geht dann nicht mehr darum, ob die Männer oder die Frauen das größere Kuchenstück erhalten. Das erweist sich als Schattengefecht, weil die herrschenden Geschlechterungerechtigkeiten nicht ein Geschlecht zu den Gewinnern und eins zu den Verlierern machen. Beide Geschlechter verlieren – Lebensqualität, Entwicklungschancen, Gesundheit etc. – in der traditionellen Rollenverteilung. Vielmehr geraten die strukturellen Rahmenbedingungen ins Rampenlicht, welche die Menschen in Rollenvorgaben zwingen, die irgendwann zu Kränkungen und Krankheiten führen, ja, fast führen müssen.

Beispiel Sorgerecht

In der Schweiz läuft eine aktuelle Debatte um das Sorgerecht. Der Christdemokrat Reto Wehrli hat eine parlamentarische Anfrage eingereicht, welche die Verankerung des gemeinsamen Sorgerechts als Regelfall fordert. Heute hat die Mutter faktisch ein Veto-Recht, was vor allem für die engagierten Väter bitterste Ohnmachtserfahrungen nach sich zieht. Das Postulat wurde von feministischer Seite heftig bekämpft und mit einer bürgerlichen Mehrheit überwiesen.

Die Diskussion im Nationalrat bewegte sich auf der Ebene des Verteilungskampfs. Das Sorgerecht wurde als «Gut» dargestellt, das es wie ein Vermögen gerecht aufzuteilen gelte. Die feministische Seite stellte das faktische Veto-Recht als eine Art «Schuldpfand» für entgangene materielle Entschädigungen während der Ehe oder gar als legitimes Druckmittel der Frau dar. Die Gegenseite mit dem Gerechtigkeitsargument, wonach eine 50:50-Aufteilung des Sorgerechts die einzig faire Verteilung sei.

Diese Debatte hat «männer.ch» vor eine schwierige Aufgabe gestellt. Zuerst war mal klar, dass wir nicht einfach schweigen können, weil das Thema die betroffenen Väter in ihrem Kern trifft und im Einzelfall schlicht zu menschlichen Tragödien führt. Ebenso war aber auch klar, dass wir nicht in den Chor derjenigen einstimmen mochten, die «gleich lange Spieße» für die Väter forderten. In dieser Situation entschlossen wir uns, mit dem Bund Schweizerischer Frauenorganisationen gemeinsame Sache zu machen und einigten uns auf folgende Position:

- Die heutige Situation ist unhaltbar, weil sie zuviel menschliches Leid und volkswirtschaftliche Folgekosten verursacht. («alliance F und männer.ch anerkennen die dringende Notwendigkeit, eine politische Lösung für die Sorgerechts-Problematik zu finden.»)
- Die Sorgerechtsproblematik lässt sich nicht mit einem klügeren Verteilschlüssel, sondern nur mit einem neuen Ansatz im Geschlechterverhältnis nachhaltig lösen. («alliance F und männer.ch fordern eine Sorgerechts-Lösung, welche im Dienst des Kindeswohls die faire Kooperation und Kommunikation zwischen den Eltern teilen resp. die gesundheits- und sozialverträgliche Neuorganisation des familiären Systems ins Zentrum stellt.»)
- Was das in Bezug auf den Gesetzesbuchstaben heißt, muss geschlechterdemokratisch ausgehandelt werden. («alliance F und männer.ch fordern eine Sorgerechts-Lösung, welche von Frauen- und Männerorganisationen kooperativ und geschlechterdemokratisch unter Nutzung interdisziplinären Fachwissens ausgehandelt wird.»)

Mit dieser Strategie nehmen wir die strukturellen Ursachen in den Fokus, die zu der Sorgerechtsproblematik führen: von der traditionellen Rollenverteilung bis zur Lohnungleichheit zwischen Frau und Mann, die den Mann pseudorational in die Ernährerrolle drängt.

Balanceakt 2: Verankerung/Vernetzung

Eine Männerlobby muss der politische Arm einer eigenständigen Männerbewegung werden bzw. bleiben und sich als Teil einer größeren Gleichstellungsallianz verstehen.

Hat jemand auf die Gründung von «männer.ch» gewartet? Ja, aber leider die «Falschen». Denn es ist eben grad nicht unsere Zielgruppe, die Männer, die froh bis begeistert über die Entwicklung von «männer.ch» sind. Es sind die (feministischen) Frauen, die auf die Beteiligung der Männer am Gleichstellungsprozess warten. Hier haben wir nach der Gründung von «männer.ch» enorm viel positives Echo erhalten. Als Muster zitiere ich aus einem Brief: «Es schreibt euch ein altmodisches weibliches Museumsstück (Jahrgang 1941), das total begeistert ist von der Gründung eures Vereins. Eure Ziele scheinen mir wie ein Licht am Ende des Tunnels. Obwohl es mich persönlich wohl nicht mehr berühren wird, erfüllt es mich mit Freude und gibt Hoffnung – für eine nächste Generation.» Auch in den Gleichstellungsinstitutionen nehmen wir nach anfänglich skeptischem Abtasten eine große Offenheit wahr.

Die Versuchung für eine Männerlobby ist groß, durch diese offene Tür einzutreten und quasi im Schnellzugtempo Schulterklopfen und (institutionelle) Anerkennung zu erlangen. Doch der Preis ist hoch: Solange die Männer ihre Hausaufgaben nicht

erledigt haben, können sie dabei – überspitzt gesagt – nur die Rolle als Helfer der Frauen bei der Erreichung ihrer Gleichstellungsziele einnehmen. Das ist ein zu einfacher Weg (und ich muss zugeben, dass ich alle männlichen «Feministen» – besonders im linken Parteienspektrum – im Verdacht habe, einfach diesen Weg des geringsten Widerstands zu gehen).

Ich habe diesbezüglich eine klare Meinung: Die Männerbewegung muss zuerst ihre Hausaufgaben selber lösen. Wird die Männerbewegung sogleich durch die Frauenbewegung im Rahmen einer «Gleichstellungsbewegung» absorbiert, ist sie verdorrt, bevor sie blühen konnte. Denn weder der Stand in Männerforschung und politischer Konzeptentwicklung noch die institutionelle Verankerung oder die Mobilisierungsstärke der Männerbewegung erlauben es, kontinuierlich auf gleicher Augenhöhe mit den Gleichstellungsfrauen agieren zu wollen. Konkret: Wir wissen doch schlicht noch zu wenig, wie wir uns als Männer eine gleichberechtigte Gesellschaft vorstellen. Das Formulieren der männlichen Perspektiven ist aber unabdingbare Bedingung für einen echten Geschlechterdialog. Das Ideal der Chancengleichheit für Männer und Frauen ist dafür ein zu abstrakter gemeinsamer Nenner. Bis wir diese Arbeit nicht nachgeholt haben, bleibt eine von Frauen und Männern gemeinsam getragene Gleichstellungsbewegung ein Horizont.

Diese Position ist nicht als Isolationismus zu verstehen. Natürlich können wir nur in Allianzen mit anderen Partnern mehrheitsfähige Entwicklungen stimulieren. «männer.ch» versucht diese Gratwanderung zu lösen, indem wir einerseits einen regelmäßigen und selbstbewussten Austausch mit den weiblich dominierten Gleichstellungsinstitutionen – z.B. das Eidgenössische Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann – pflegen, andererseits die Beteiligung von «männer.ch» bei Gleichstellungsprojekten eher ablehnen, wenn die Perspektive der Männer nicht von Anfang ernsthaft einbezogen wurde. «Quoten-Männer» mögen wir eigentlich nicht sein.

Im Gegenzug investieren wir unsere Ressourcen, um die Männer in Bewegung zu bringen und eine tragfähige Basis zu gewinnen. Dabei nutzen wir – und das gehört auch zu einem selbstbewussten Auftreten – die traditionell männlichen Qualitäten, die wir als Männer mitbringen, auch wenn wir ihnen vielleicht kritisch gegenüber stehen: Als wir männer.ch gründeten, gab es zuerst eine Strategie, und das Positionspapier entwickelten wir parallel zum Fundraising-Konzept.

Beispiel Prostitution

Vor einiger Zeit wurde ich von der Präsidentin der Frauensektion einer Bundesratspartei angefragt, ob wir bei einer Aktion gegen die Zwangsprostitution dabei wären. Da bildet sich der Balanceakt im Konkreten ab: Einerseits empfinden wir Prostitution als ein Thema für «männer.ch», weil im Bereich der käuflichen Sexualität Männer die Verantwortung für die von ihnen verursachten Probleme offensichtlich nicht wahrnehmen. Wir moralisieren nicht, sondern fordern bloß, dass die Männer den Vollkostenpreis für ihr Freiertum bezahlen – und nicht die Prostituierten drauflegen. Was das bedeutet, ist jedoch erst ansatzweise erarbeitet. Statt bei der Aktion gegen Zwangsprostitution einfach mitzumachen, haben wir nun die Idee skizziert, ein gemeinsames Positionspapier zur Prostitution von Männern und Frauen zu erarbeiten. So kann «männer.ch» seinen eigenständigen Klärungsweg weiter gehen und gleichzeitig im Dialog bleiben.

Balanceakt 3: Kommunikation

Eine Männerlobby muss sich in Ton und Auftritt dem herrschenden Mainstream anpassen und spürbar, kantig und durchblutet sein. Sie muss Interessen klar (d.h. «objektiv»), nicht psychologisch) formulieren und Befindlichkeit als politisch relevante Größe anerkennen.

Die Männerbewegung hat ein Imageproblem. Der Film *Der bewegte Mann* hat uns einen Bärendienst geleistet. Spätestens seitdem ist der Mann, der sich und seine Empfindungen wahrnimmt und ausdrückt, eine Lachnummer. Dieses Erbe wiegt schwer. Mit männerbewegten Männern ist eigentlich keine Politik zu machen. Ich vermute, dass nicht zuletzt deshalb diese zahlenmäßig doch eigentlich attraktive Zielgruppe in der Schweiz bisher völlig vernachlässigt wurde. Männerpolitik ist an sich unsexy.

Bei «männer.ch» versuchen wir dieser Falle zu entgehen, indem wir kommunikativ einen frischen, unverkrampften Auftritt suchen. Der Slogan «Mehr Mann. Ganz Mensch» ist ein Teil davon. Selbst bei der Kleidung akzeptieren wir die Spielregeln und rücken halt in Anzug und Krawatte aus, wenn es um die politische Arbeit geht. Auch das «Wording» unserer Anliegen haben wir sorgfältig vorbereitet: Wir sprechen beispielsweise nicht vom «bewegten Mann», auch nicht vom «emanzipierten Mann», sondern von den «zukunftsorientierten Männern». Dieser Begriff ist zwar inhaltsleer. Wir füllen ihn und suggerieren mit einer gewissen Gelassenheit, dass uns die Zeit eh recht geben wird.

Damit versuchen wir nicht zuletzt, uns aus dem polaren Links-Rechts-Diskurs zu lösen. Natürlich sind die Mitglieder von «männer.ch» zu einem guten Teil eher im links-grünen politischen Spektrum zu finden. Es ist aber unsere Überzeugung, dass die Männerbewegung keine linke Bewegung sein muss und sein darf. Um die Männer im bürgerlichen Mainstream anzusprechen, braucht es eben auch ein entsprechendes Vokabular.

Eine Schwierigkeit besteht darin, dass unsere Anliegen zu einem großen Teil in Empfindungen begründet und schwer objektiv festzumachen sind. Ebenso ist es extrem schwierig, die Forderungen auf konkrete legislative Änderungsvorschläge herunter zu brechen, da wir ja im Endeffekt an einer gesellschaftlichen Vision arbeiten. Gleichzeitig akzeptiert der politische Mainstream nur klar formulierte Forderungen – am besten mit einem Umsetzungshorizont von einer Legislaturperiode –, die mit ebenso klaren Fakten argumentativ untermauert sind, die wiederum zahlenmäßig – am besten in Franken ausgedrückt – zu erfassen sind. Auch hier versuchen wir, eine Balance zwischen Objektivität und Subjektivität zu finden.

Einen Zwischenerfolg konnten wir im Mai feiern: Unter dem Titel *Aufbruch Mann* stellte die Christlichdemokratische Volkspartei ein Positionspapier vor, das sich über weite Strecken wie das Positionspapier von «männer.ch» liest. Für uns ist das ideal, wenn die bürgerliche Mitte sich mit unseren Anliegen zu identifizieren beginnt und sie eigenständig aufnimmt.

Balanceakt 4: Instrumentarium

Eine Männerlobby muss das Instrumentarium der Macht kennen und nutzen, um damit in den politischen Institutionen zu wirken, und muss außerhalb institutionalisierter Macht agieren.

Politische Arbeit ist zu einem guten Teil Handwerk. Es braucht Ressourcen, um den politischen Prozess verfolgen und – wo notwendig – intervenieren oder selbst aktiv wer-

den zu können. Dafür bedarf es eines Stabs professioneller Interessenvertreter, welche innerhalb der Kanäle traditioneller Macht die Interessen der zukunftsorientierten Männer und Väter vorbringen. Gleichzeitig birgt ein solches Selbstverständnis die Gefahr, ■ von den Spielregeln des politischen Geschäfts korrumpiert zu werden, mitzutun im nebulösen Geschacher um Einfluss und Macht – und dabei die eigentlichen Ziele aus den Augen zu verlieren;

■ den Bezug zur Basis zu verlieren, zu einem Funktionsapparat zu werden;

■ in Realo-Fundi-Konflikten aufgerieben zu werden.

Für «männer.ch» ist klar: Wir wollen eine professionell arbeitende Organisation sein, die das handwerkliche Instrumentarium der politischen Interessensvertretung beherrscht. Gleichzeitig braucht es aber zwei Dinge, um die Organisation lebendig zu halten: erstens ein Regulativ, das – abgehoben vom Tagesgeschäft – Abweichungen von den ursprünglichen Zielen registriert und interveniert (konkret haben wir dafür die Bildung eines «Weisenrats» ins Auge gefasst); zweitens den Mut zu «militanten Aktionen», nicht zuletzt um der öffentlichen Aufmerksamkeit willen. «männer.ch» versucht quasi die Verschmelzung von WWF und Greenpeace. Oder um es noch bildlicher auszudrücken: In der Gründungsgruppe hatten wir lange darüber diskutiert, ob wir männer.ch eher als Kreuzfahrtschiff oder als Piratenschiff sehen. Am Schluss haben wir uns darauf geeinigt, dass wir am ehesten Piraten in Kreuzfahrtuniformen sein wollen.

Balanceakt 5: Strategie

Eine Männerlobby muss die Väterthematik als politisches «Eintrittsticket» nutzen und einen ganzheitlichen Ansatz von Männerpolitik verfolgen.

Im Schaufenster des politischen Interesses stehen – wenn es um Männer geht – in allererster Linie die Väter. Polemisch gesagt: Die haushaltsfaulen Väter stehen der besseren Nutzung des weiblichen «Humankapitals» im Wege und sind für den Gebärstreik der modernen Frau – und somit für das drohende Aussterben unserer Leitkultur – verantwortlich. Nur hier interessiert sich traditionelle Männerpolitik für den Mann. (Allenfalls treten die Problemlasten in der Gesundheitspolitik in naher Zukunft noch prononcierter in den Fokus der klassischen Männerpolitik, welche durch traditionell männliche Lebensstile verursacht wird.) Wir versuchen, die Väterthematik als «Eintrittsticket» in den politischen Diskurs zu nutzen. Hier ist das politische «window of opportunity» offen, und tatsächlich taugt diese Thematik auch ganz gut als Kristallisationspunkt unserer Anliegen.

Gleichzeitig versteht «männer.ch» seinen Auftrag breiter. Wir möchten – unser Name bringt das bereits zum Ausdruck – den Mann politisch nicht auf sein Vatersein reduziert wissen. Für uns sind die Väter ein Spezialfall der Gesamtheit der Männer. Männer haben aber auch ohne Vaterpflichten ein Vereinbarkeitsproblem und ein Recht auf eine Work-Life-Balance, die diesen Namen verdient.

Markus Theunert ist Gründungspräsident von männer.ch, dem Dachverband der Schweizer Männer- und Väterorganisationen (www.maenner.ch). Hauptberuflich ist er als Generalsekretär des Fachverbands Sucht in Zürich tätig. Zudem ist er Gründer und Herausgeber der Schweizer Männerzeitung (www.maennerzeitung.ch). Er hat an den Universitäten Basel und Bern Psychologie und Soziologie studiert sowie eine Weiterbildung zum Executive Master of Business Management FH absolviert. Kontakt: theunert@maenner.ch

Männerpolitik in Österreich

Ziele, Tätigkeiten und Themenbereiche

Ich bin ein Verfechter der Haltung, dass Männerpolitik eine hochaktuelle und notwendige Sache und es umso besser ist, je früher man damit beginnt. Dies muss jedoch begründet und untermauert werden.

Die Männerpolitische Grundsatzabteilung in Österreich wurde im März 2001 gegründet, und dazu gibt es eine Vorgeschichte. Noch bis 1999 gab es in Österreich – was in engem Zusammenhang mit der Frauenpolitik zu sehen ist – eine Staatssekretärin und dann Ministerin für Frauenangelegenheiten, Gesundheitsfragen und Lebensmittelkontrolle. Verschiedene Agenden waren also in den Kompetenzen einer Ministerin zusammengefasst. Diese hatte aber kein eigenes Ressort, d.h. es gab kein eigenes Frauenministerium, sondern diese Agenden waren einschließlich des Budgets dem Bundeskanzleramt zugeordnet.

Im Rahmen der neuen Regierungsbildung wurden im Jahre 2000 die Gesundheits- und Frauenagenden aus dem Bundeskanzleramt herausgelöst und in das Sozial- und Familienministerium eingegliedert. Damit gab es nicht mehr nur für diese zwei Agenden je einen eigenen Minister, sondern der Sozial- und Familienminister war auch Gesundheits- und Frauenminister bzw. Frauenministerin. Wir hatten zuerst eine Ministerin, nach einem halben Jahr kam es zu einem Ministerwechsel und damit zur interessanten Konstellation, dass ein Mann Familien-, Sozial-, Gesundheits- und eben auch Frauenminister wurde. Dies war unüblich, und es gab auch Kritik daran. Ich halte es für etwas erfrischend anderes: Warum sollen nicht Frauen Wirtschaftsminister, Finanzminister und auch Verteidigungsminister werden und Männer Familienminister und Frauenminister?

In Zeiten, in welchen das Geschlechterverhältnis ein viel geschlechtergerechteres geworden ist, sollte man über diese Tradition der Ministerienverteilung hinwegsehen und neu verteilen, denn dies führt zu neuen Inputs bzw. Impulsen. Zum Beispiel hat der Bundesminister für Frauenangelegenheiten eine Männerabteilung eingerichtet, und ich möchte zwei seiner Motive bzw. Gründe dafür hervorheben: Erstens kamen viele Anfragen an das Ressort, die man nicht zuzuordnen wusste. Es war ein Überlegen auf Beamtenseite, wohin man die mänderspezifischen Anfragen zuteilen soll: in Abteilungen für Familien-, Jugend-, Senioren-, Frauenpolitik? Es sind ja in der Regel Beamte, die Anfragen bearbeiten, welche die Menschen an ein Ministerium herantragen. Das kann nicht ein Ministerbüro alles beantworten, sondern vieles wird auf Beamtenebene vorbereitet und erledigt. Daher stellte sich die Frage, ob nicht eine organisatorische Einheit geschaffen werden sollte, die als Ansprechstelle für Männerangelegenheiten, mänderspezifische Fragen, zur Verfügung steht. Das ist eine pragmatische Überlegung.

Nun zum zweiten Motiv: Es genügt nicht, sich auf Lobbyismus zu konzentrieren – schon gar nicht in einem Ministerium. Hier kann keine Lobbyabteilung eingerichtet werden, sondern es geht um klar strukturierte Politikfelder. Meiner Ansicht nach verdient es dieses Motiv für die Einrichtung unserer Abteilung, etwas näher ausgeführt zu werden.

Zu Beginn war es nicht einfach, diese zu rechtfertigen. Jeder, der damit beginnt, muss Mut haben, denn er erntet «Kritik», schließlich sind viele Journalisten mit einer Art Kopfgeldjägermentalität unterwegs. So waren bestimmte Reaktionen bei der Gründung einer Männerabteilung vorhersehbar. Was lässt sich in den Medien besser polarisieren und gegeneinander ausspielen als Männer gegen Frauen oder eine Männerabteilung gegen eine Frauensektion? Ich möchte darauf hinweisen, dass die Frauensektion die sehr viel größere Einheit ist und aus mehreren Abteilungen besteht. Das ist so und wird langfristig auch so bleiben.

Unsere Abteilung wurde zunächst in der Jugendsektion eingerichtet und dann durch eine Zusammenlegung in die Sektion für Jugend und Familie integriert. Wir sind jetzt als Männerabteilung Bestandteil einer Sektion, die hauptsächlich Familien- und Jugendthemen wahrnimmt, eine Senioren- und mit unserer Abteilung auch eine Männerabteilung hat. Das ist von Vorteil, denn es gibt sehr viele Querschnittsthemen, und Genderpolitik ist eine solche.

Selbstverständlich wurde anfangs an mich die Frage gestellt, warum diese Abteilung überhaupt gebraucht wird. Auch in den Medien wurde viel geredet bzw. geschrieben. Wenn man selbst liest, was alles über einen gesagt wird, wird einem bewusst, dass nur oder nicht einmal die Hälfte davon stimmt.

Wir sind eine kleine Abteilung: anfangs vier, fünf Leute, übrigens immer mehr Frauen als Männer. Es ist bedauerndswert, dass sich Männer in politischen Institutionen, auch im Parlament, nur wenig mit Gender-Fragen befassen. Beispielsweise haben zum Männerbericht, den wir ins Parlament gebracht und damit die Bilanz einer ersten Etappe der Männerpolitik in Österreich gezogen haben, Frauen Stellung genommen und die Männer sich zurückgehalten. Damit werden wir scheinbar noch eine Weile leben müssen, aber es ist ein Grund mehr, Männerpolitik zu etablieren.

Mein Hauptargument war und ist, dass sich Männer aktiv an dieser Entwicklung beteiligen müssen, weil die Frauenpolitik zu Recht große Erfolge gefeiert hat und damit neue Erwartungshaltungen an die Männer herangetragen wurden. Denken Sie an unsere Väter- und Großvätergeneration: Allein wie Väterlichkeit heute gesehen und gelebt wird und im Vergleich dazu noch zu Großvaters Zeiten – das ist ein himmelweiter Unterschied. Daraus ist ersichtlich, dass sich auch bei den Männern viel getan hat. In Wahrheit hat sich in diesem Geschlechterverhältnis sogar eine Revolution abgespielt. Die Männer haben stillschweigend und teilweise nicht bewusst reflektiert gewisse Dinge übernommen. Aber nun müssen die Männer beginnen, männliche Identität neu zu bestimmen. Denn es geht immer um Identität. Auch Rollenbilder – ob alte, traditionelle, moderne oder neue – haben mit Identität zu tun, mit männlicher und weiblicher Identität. Das hat sich so stark entwickelt, dass eine Auseinandersetzung der Männer mit männlichem Rollenverständnis und männlichem Selbstverständnis von heute unabdingbar ist. Frauenforschung und -politik ist zu einer Selbstverständlichkeit geworden. Meiner Meinung nach genügt es aber nicht, darunter den Gleichbehandlungs- oder Gleichstellungsaspekt zu verstehen. Der zweite Begriff gefällt mir weniger, aber Gleichberechtigung ist natürlich gut. Ich kenne keine politische Partei, die sie nicht auf ihre Fahnen heften würde. Obwohl die Wege dahin verschieden sein können, dürfen wir nicht bei der sogenannten Gleichbehandlungspolitik stehen bleiben. In unserer gesellschaftlichen Entwicklung sind die geschlechtsspezifischen Interessen ein eigenständiger Faktor und werden immer wichtiger, d.h. von der Jungenarbeit bis zur Männer- und Väterarbeit. Das sind Bereiche, die auch in

der Frauenforschung weiter behandelt werden, selbst wenn alle Gleichstellungswünsche erfüllt sind. Geschlechtsspezifische Erziehung wird immer notwendig sein. Beschäftigung mit dem Thema «Mütter und Väter», allein vor dem Hintergrund der demografischen Probleme, die Europa hat, ist auch unabhängig vom Gleichbehandlungsaspekt selbstverständlich, obwohl gerade die «Vereinbarkeit von Familie und Beruf» und «Gleichbehandlung» Themen sind, die in den Ministerien zumindest einen Schwerpunkt darstellen.

Eingangs habe ich erwähnt, dass Österreich einen Frauenminister hatte. Dieser wurde später als Männerminister zum Teil sogar verlacht, aber ein glücklicher Zufall war, dass ihm das ziemlich egal war. Man findet nicht oft einen Minister, der sich davon nicht beirren lässt. Jetzt haben wir eine Nachfolgerin und eine neue Bundesministerienaufteilung, mit der die Frauen-Agenden aus dem Sozial- und Familienministerium herausgelöst wurden. Frauenangelegenheiten und Gesundheitsagenden sind jetzt in einem eigenen Ressort zusammengefasst. Somit gibt es jetzt eine Ministerin für Gesundheits- und Frauenangelegenheiten, und ich bin mit meiner Abteilung im Familien- und Sozialministerium in der Familien- und Jugendsektion (genau: «Jugend-, Familien-, Männer- und Seniorenpolitische Angelegenheiten (Generationen)») geblieben. Nun haben wir wieder eine Frau als Ministerin, die zuvor in Oberösterreich Landesrätin und unter anderem für Frauenangelegenheiten und Konsumentenschutz usw. zuständig war. Das heißt, jetzt ist eine Frau Männerministerin, obwohl sie natürlich als solche nicht angesprochen wird, aber sie ist bundespolitisch für Männerangelegenheiten zuständig.

Natürlich ist dies im Vergleich zur Schweiz oder zu Deutschland eine ganz andere Situation. Frau Ministerin Haubner hat uns als Grundsatzabteilung übernommen. Wir sind keine Legistikabteilung und werden nicht für Teilzeitarbeit, für Männer- bzw. Vaterschutzmonate zuständig sein. Diese Agenden sind dem familienpolitischen Bereich oder dem Arbeitsministerium zuzuordnen. Wir sind als Grundsatzabteilung angetreten und haben versucht, aus der Notwendigkeit, die sich aus der Frauenpolitik und deren Erfolgen ergibt, als Ergänzung zur Frauenpolitik zu wirken.

An uns werden ganz bestimmte Anliegen herangetragen und in der Summe vielleicht auch nicht so umfassende wie an Familien- bzw. Männerberatungsstellen. Trotzdem haben wir aufgezeigt, dass wir uns in einem Ministerium keine Männerlobby-Abteilung leisten oder uns nur auf dieses Thema beschränken können. Im Gegensatz dazu muss, wie von Markus Theunert erwähnt, ein Beitrag zur Geschlechterpartnerschaft, zur Geschlechterdemokratie auch die Männerpolitik sein. Nicht zuletzt im Interesse der Frauenpolitik. Gerade die jetzige Ministerin Ursula Haubner hat uns als Männerabteilung den Vaterschwerpunkt ans Herz gelegt, weil sie als Frauenpolitikerin für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf von Frauen gekämpft und erkannt hat, dass diese nicht funktioniert, wenn die Männer nicht mitziehen. Wenn die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht auch zu einem Thema für Männer wird, Männer hier einsteigen und Frauen entlasten, werden Frauen immer überlastet sein. Natürlich ist es so, dass Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch Vereinbarkeit von Beruf und Beruf bedeutet. Wie soll man zwei Berufe unter einen Hut bringen? Ein Bereich leidet immer. Gerade deshalb war die Argumentation der jetzigen Bundesministerin, einen Vaterschwerpunkt in der Arbeit dieser Abteilung zu setzen. Da sie die gewählte, demokratisch legitimierte Ressortleiterin ist, hat sie uns mit Recht Zielvorgaben gegeben.

Auch daraus folgt meine Begründung: Wenn man die Frauen- und Geschlechterpolitik der letzten Jahrzehnte weiter denkt, kann man nicht beim bisher Erreichten stehen bleiben. Es gibt viele Leute in Institutionen, die sich der Ideologie der 70er Jahre verschrieben haben, aber keinen Schritt weiter machen wollen. Da gilt es, noch dazuzulernen. Denn die Geschlechterpolitik schreitet voran, und wer meint, sich ausruhen zu können, wird – so fortschrittlich er einmal gewesen sein mag – irgendwann zu einem Verhinderer der weiteren Entwicklung werden.

Daher ist es mir sehr wichtig, die Notwendigkeit der Männerpolitik auch aus den Erfolgen und Zielen der Frauenpolitik abzuleiten. Ich glaube, dass es auch unsere Aufgabe als Abteilung war und ist – das möchte ich betonen –, alle Parteien für die Männerpolitik zu gewinnen. Aber Sie wissen, vielleicht ist es in Deutschland ähnlich wie in Österreich, wenn eine Regierung etwas umsetzt, «muss» die Opposition dagegen sein, selbst wenn sie es genauso gemacht hätte, wäre sie selbst in der Regierung. Inzwischen hat sich das Ganze etwas beruhigt, entspannt. Ich meine, behaupten zu können, dass wir in der Fachexpertenszene von Anfang an mehr Anerkennung gefunden haben. Hier wurde auch klar zum Ausdruck gebracht, dass die Notwendigkeit dafür besteht. Ein Kollege hat einmal zu mir gesagt: «Ich wundere mich, wie schnell es gegangen ist, von der Frage ob oder ob nicht, zur Frage nach dem Wie.» Ich betrachte das als Anerkennung für unsere Arbeit. Die Frage nach dem «Wie» wird auch nicht aufhören. Das ist auch nicht etwas, was in der Frauenpolitik je aufhören wird. Es gibt fünf, sechs oder sieben Parteien oder zwei oder drei und ebenso viele verschiedene Richtungen von Frauenpolitik; die einen ähneln sich mehr, die anderen weniger. Es gibt verschiedene Vorstellungen von Finanzpolitik oder Wirtschaftspolitik. Trotzdem muss man, denke ich, nicht von Finanzpolitiken oder Wirtschaftspolitiken reden, sondern von einer Wirtschaftspolitik, die je nach Land unterschiedlich gemacht wird, von einer Partei anders als von der anderen. Das ist in der Demokratie so.

Wichtig wäre – um meine Vorstellung für Deutschland zu formulieren –, dass eine Partei zu sagen beginnt, «Wir machen das!», und die anderen ziehen nach. Welche Partei damit beginnt, ist unerheblich. Aber es besteht natürlich die Gefahr, dass die anderen die Initiative schlecht machen.

Was haben wir in der Männerabteilung bislang gemacht? Wir haben einen großen Forschungsschwerpunkt gesetzt. Wir haben zum Beispiel den *Ersten österreichischen Männergesundheitsbericht* herausgegeben, der sich an den Kriterien der WHO orientiert, und die «1. Europäische Väterkonferenz» in Wien veranstaltet.

Wir haben einen kleinen Fördertopf für Männerprojekte. Den Großteil der Gelder, die wir verwalten, haben wir in die Forschung investiert, d. h. Projekte zu männerrelevanten Themen ausgeschrieben. Forschungsprojekte vergeben wir, d. h. wir forschen nicht selbst, sondern das machen externe Wissenschaftler.

Ich möchte noch ein spezielles Projekt vorstellen: Ein Problem, das an uns herangetragen wurde, war die sogenannte «Obsorge» – in Deutschland heißt das «Umgangsrecht» – nach der Trennung der Eltern. Viele Väter hatten die Schwierigkeit, ihre Kinder nach Trennung oder Scheidung regelmäßig zu sehen. Auch Mütter sind betroffen, aber natürlich zum Großteil Väter. Wir sind der Ansicht: Wenn man schon engagierte Väter haben will, dann auch nach Trennung oder Scheidung. Partner können sich scheiden lassen, aber Väter, Mütter, Eltern bleiben sie immer. Und daher fördern wir sogenannte Besuchscafés. Das sind z. B. von Familienberatungsstellen und anderen Vereinen geführte Einrichtungen, in denen sich getrennt lebende Elternteile, die sich

nicht selbst über das Besuchsrecht des vom Kind getrennt lebenden Elternteils einigen können, quasi auf neutralem Boden treffen können. Oder, zum Beispiel, die Mutter bringt ihr Kind in eine solche Einrichtung und vertraut es einer Sozialarbeiterin an, und dann kommt der Vater dorthin und befasst sich mit dem Kind, spielt mit ihm usw. Die Mutter holt es danach wieder ab. Das ist in dieser von uns geförderten Form weitgehend eine völlig neue Initiative gewesen. Zwar bestand bereits eine gesetzliche Grundlage, aber diese wurde in der Praxis kaum umgesetzt.

Wir fördern diese Besuchscafés zu bestimmten Beziehungszeiten, wochentags ab 16:00 Uhr, freitags ab 14:00 Uhr und samstags, sonntags, feiertags ganztägig, damit getrennt lebende Elternteile ihre Kinder wiedersehen können. Es ist ja ein Recht des Kindes. Dies ist eine Förderinitiative, die wir in der Männerabteilung auf professionelle Beine gestellt haben und die wirklich gelungen ist.

Dr. Johannes Berchtold ist Leiter der Männerpolitischen Grundsatzabteilung im österreichischen Bundesministerium für soz. Sicherheit und Generationen, Wien.

Männerpolitik im Kontext von Gender Mainstreaming

Die Männerpolitische Grundsatzabteilung im Österreichischen Sozialministerium

Im Februar 2001 wurde im Österreichischen Sozialministerium eine Männerpolitische Grundsatzabteilung eingerichtet. Diese Institution war von Anfang an sehr umstritten und ist aus sehr unterschiedlichen Perspektiven kritisiert worden. Sie wurde nicht nur von Seiten feministischer Politikerinnen und Politiker sowie Forscherinnen und Forscher kritisiert, sie war auch innerhalb männerpolitischer Gruppierungen und unter Männerforschern umstritten. Mittlerweile kann die Abteilung auf eine fünfjährige Arbeitszeit zurückblicken. Die Ergebnisse der Abteilung aus einer wissenschaftlichen Perspektive zu analysieren und zu kritisieren bedeutet, auch die Frage nach dem Maßstab der Kritik zu stellen. Da die Institutionalisierung der Abteilung u.a. mit dem Hinweis auf Gender Mainstreaming begründet wird (vgl. BMSGK 2005a), liegt es daher nahe, die Arbeit der Abteilung an diesem Maßstab zu «messen». Doch zuerst möchte ich die Frage stellen, wie es zur Einrichtung dieser Abteilung kam. Dazu möchte ich kurz einen Überblick über die Entwicklung der österreichischen Geschlechterpolitik bieten. Ich werde die wichtigsten Entwicklungsetappen der Geschlechterpolitik skizzieren und danach die Einrichtung der Männerpolitischen Abteilung in derselben verorten. Die Männerpolitik wurde mit dem Hinweis auf Gender Mainstreaming eingerichtet; daher werde ich kurz erläutern, was aus theoretischer Sicht hinter diesem Konzept steckt und wie es sich entwickelt hat. Danach möchte ich darstellen, welche politischen Konzepte und welche Geschlechterbilder in der Arbeit der Abteilung zum Tragen kommen, und erörtern, inwiefern diese den Prinzipien von Gender Mainstreaming entsprechen.

Abteilung VI/6 – Die Männerpolitische Grundsatzabteilung im Kontext der Österreichischen Geschlechterpolitik

Österreich hat ein konservativ-korporatistisches Wohlfahrtsregime. Die Familie hat einen zentralen Stellenwert in der Produktion von sozialen Dienstleistungen. Die Erwerbstätigkeit von Frauen mit Kindern wurde und wird kaum gefördert. Trotz steigender Erwerbstätigkeit von Frauen ist das «Male Breadwinner»-Modell noch immer die Norm. Im Vergleich zu anderen Europäischen Staaten entwickelte sich die Gleichstellungspolitik in Österreich nur sehr zögerlich (vgl. Sauer 2001, 271ff.; Sauer/Tertinnegg 2003, 1ff.). Die Gründe dafür liegen in den institutionellen Charakteristiken des österreichischen politischen Systems, das durch «einen hohen Grad an Zentralisierung, Konzentration und Privilegierung der monopolartigen, parteipolitischen texturierten Interessenorganisationen gekennzeichnet» (Sauer 2001, 269) ist. Diese Strukturen begünstigten die männliche Dominanz in den politischen Netzwerken und Institutionen und erschwerten die Repräsentation von Frauen und Fraueninteressen.

In der österreichischen Geschlechterpolitik kann zwischen mehreren Phasen unterschieden werden: die Einleitungsphase, die Konsolidierungsphase, eine Expansionsphase und eine Stagnationsphase (vgl. Sauer 2001, 271; Sauer/Tertinegg 2003, 4ff.). In der Einleitungsphase in den 70er Jahren erfolgte die allmähliche Institutionalisierung der Frauenpolitik u.a. mit der Gründung der Gleichbehandlungskommission, der ersten Gleichbehandlungsstellen und der Verabschiedung des Gleichbehandlungsgesetzes im Jahre 1979. Ausschlaggebend für den Erfolg dieser frauenpolitischen Initiativen war die Zusammenarbeit von Vertreterinnen der Frauenbewegung und von Frauen der mit einer absoluten Parlamentsmehrheit ausgestatteten Sozialistischen Partei Österreichs¹ (SPÖ). Die SPÖ-Frauen konnten die Erhöhung des Frauenanteils im Regierungsteam und die Einrichtung von zwei Staatssekretariaten für Frauenfragen (vgl. Köpl 2005, 22ff.) durchsetzen. Die Konsolidierungsphase in den 80er Jahren begann nach der Bildung einer Kleinen Koalition aus SPÖ und FPÖ (Freiheitliche Partei Österreichs) zunächst mit einem Rollback in der Frauenpolitik, da das im Sozialministerium angesiedelte mit Frauengenden betraute Staatssekretariat aufgelöst wurde (vgl. Sauer 2001, 273). Mit der Großen Koalition ab 1986 (SPÖ, ÖVP) begann für die Frauen- und Geschlechterpolitik wieder eine günstigere Phase. Das Gleichbehandlungsgesetz aus dem Jahr 1979 wurde novelliert, die Verpflichtung zur Gleichstellung im Berufs- und Arbeitsleben wurde 1985 im Gesetz über die Gleichbehandlung von Mann und Frau im Arbeitsleben ausgeweitet. Durch die Novellierung von 1990 wurden positive Aktionen zur betrieblichen Gleichbehandlung ermöglicht und eine Anwältin für Gleichbehandlungsfragen eingesetzt (vgl. ebd.). Anfang der 1990er Jahre kam auch die Gleichstellung von Männern und Frauen im öffentlichen Sektor auf die politische Agenda (z.B. Bundesgleichbehandlungsgesetz). Mit diesen gleichstellungspolitischen Impulsen Anfang der 1990er Jahre begann eine Expansionsphase in dieser Dekade. Im Jahre 1990 wurde im Zuge von Koalitionsverhandlungen das dem Bundeskanzleramt zugeordnete Staatssekretariat für allgemeine Frauenfragen in ein ebendort angesiedeltes Bundesministerium für Frauenangelegenheiten umgewandelt (Rosenberger 1997, 691). Das Ministerium war dadurch mit einem eigenen – zwar bescheidenen – Budget und drei neuen Abteilungen ausgestattet und hatte ein Veto-recht im Ministerrat.

Die Wahlen im Herbst 1999 und der anschließende Regierungswechsel im Jahre 2000 mit der Bildung einer rechtskonservativen Regierung aus ÖVP und FPÖ leitete eine neue Phase in der Frauen- und Geschlechterpolitik ein, die durch Stagnation und institutionelle Rückschritte gekennzeichnet ist. Im Februar 2000 wurde das Frauenministerium aufgelöst und die Frauen-Agenden der Frauengrundsatzabteilung im Bundesministerium für Soziale Sicherheit, Familie und Generationen zugeordnet. Nach der Neuauflage dieser Koalition im Jahre 2003 wurde das von der ÖVP-Frauenchefin geleitete Bundesministerium für Gesundheit und Frauen eingerichtet.

Seit Juli 2000 werden in Österreich Maßnahmen und Strukturen zur Implementierung von Gender Mainstreaming eingeführt. Die österreichische Regierung verfolgt seither zwei Stränge in der Gleichstellungspolitik: einerseits die Implementation von Gender Mainstreaming zur Beseitigung struktureller Defizite der Geschlechterungleichheit und zur Sensibilisierung von Politikerinnen und Politikern für Geschlech-

1 Im Jahre 1991 hat sich die SPÖ in Sozialdemokratische Partei Österreichs umbenannt.

terdifferenzen und andererseits positive Maßnahmen zur Frauenförderung. Von feministischer Seite wurde kritisiert, dass sowohl das Budget für positive Maßnahmen und für Frauenprojekte gekürzt als auch das Frauenministerium im Februar 2000 abgeschafft worden seien. Als Legitimation dieser Entscheidungen zog man u.a. auch das Gender Mainstreaming heran (Sauer/Tertinegg 2003, 10).

Mit Verweis auf Gender Mainstreaming wurde im Februar 2001 eine Männerpolitische Grundsatzabteilung im Bundesministerium für soziale Sicherheit und Generationen vom ehemaligen Bundesminister Herbert Haupt eingerichtet. Die Abteilung, die mit zwei Teilzeit- und zwei Vollzeitkräften am 14. März 2001 ihre Arbeit aufnahm, hat ihren Personalstand auf mittlerweile vier Teilzeit- und sechs Vollzeitbeschäftigte erhöht. Ziel der Abteilung ist es, «soziale Umwälzungen aus der Sicht der Männer zu beleuchten» (BMSGK 2005b) und den geschlechterpolitischen Prozess aktiv mitzugestalten. Diese sozialen Umwälzungen bestehen im grundlegenden Wandel «in der Wahrnehmung von Verantwortung in der Familien- und Erwerbsarbeit» (ebd.). Männerpolitik ist aus der Perspektive der Männerabteilung als «zweite Säule» der Geschlechterpolitik zu verstehen, die sowohl eine «konsequente Fortsetzung und Ergänzung der Frauenpolitik» als auch einen eigenständigen Weg entwickeln und die Methoden und Prämissen der Frauenpolitik nicht kritiklos übernehmen sollte (ebd.). Die Männerpolitische Grundsatzabteilung stellt fest, dass es an «gegenseitigem Verständnis zwischen Mann und Frau» fehle. Abzulesen sei dies an den hohen Scheidungsraten, an der rückläufigen Geburtenrate, der die Gesellschaft und den sozialen Zusammenhalt bedrohe, am Beispiel der Gewalt in der Familie oder am Kindesmissbrauch. Geschlechter- und Männerpolitik müsse sich diesen Problemen stellen (ebd.).

Gender Mainstreaming

Die Männerpolitische Grundsatzabteilung wurde mit dem Verweis auf Gender Mainstreaming eingerichtet und begründet. Nun stellt sich die Frage, ob die Geschlechterpolitik, die durch die Männerabteilung sichtbar wird, dem Anspruch von Gender Mainstreaming überhaupt gerecht wird und welche Geschlechtervorstellungen durch diese Abteilung sichtbar werden. Ich möchte also auf die Frage eingehen, ob die Politik der Männerabteilung dem Prinzip von Gender Mainstreaming entspricht. Dazu möchte ich erstens kurz erläutern, was unter Gender Mainstreaming überhaupt zu verstehen ist, und zweitens analysieren, welche Geschlechterbilder und -konzepte in der Arbeit der Abteilung zum Tragen kommen. Danach möchte ich die beiden Überlegungen zusammenführen und eine Antwort auf die Frage herausarbeiten, ob die geschlechterpolitische Arbeit der Abteilung dem Konzept von Gender Mainstreaming entspricht.

Grundsätzlich ist anzumerken, dass das Konzept von Gender Mainstreaming nicht sehr einfach zu fassen ist. Die Expertengruppe des Europarats definiert Gender Mainstreaming als «(re)organisation, improvement, development and evaluation of policy processes, so that a gender equality perspective is incorporated in all policies at all levels and at all stages, by the actors normally involved in policy-making» (zit. nach Verloo 2001, 2). Was diese geschlechterbezogene Sichtweise konkret bedeutet, bleibt in dieser Definition aber offen. Dennoch besteht in der wissenschaftlichen Literatur ein gewisser Konsens, dass Gender Mainstreaming einen transformativen Charakter hat und die Auflösung der binären Geschlechterkonstruktionen fördern soll (vgl. u.a. Squi-

res 2005; Verloo 2001, 2005; Woodward 2004). «As a strategy, gender mainstreaming is seen as transformative because it claims to address and redress the genderedness of systems and processes» (Verloo 2005, 347). Gender Mainstreaming geht davon aus, dass politische, ökonomische und gesellschaftliche Strukturen vergeschlechtlicht sind, Zweigeschlechtlichkeit in diesen Strukturen eingeschrieben ist und daher eine Perspektive der Diversität notwendig ist, die auf die Beseitigung von binären Ordnungen fokussiert (Squires 2001, 12). Die Vorstellung von Männern und Frauen als homogene Gruppen wird ersetzt durch die Anerkennung der Diversität von Frauen und Männern. Die Intersektionalität, also die Überschneidung differenter Kategorien wie Klasse, sexueller Orientierung, Ethnizität, ist ein zentraler Referenzpunkt in dieser Perspektive. Die Hinwendung von der Frauenförderung und Frauenpolitik zu Gender Mainstreaming scheint nun jenem Pfad zu folgen, der in der wissenschaftlichen Forschung die Entwicklung von der Frauenforschung zur Geschlechterforschung oder Gender Studies vollzogen hat. Ging es der Frauenforschung zu Beginn noch hauptsächlich um die Sichtbarmachung von Frauen, kam es in den 80er und 90er Jahren zu einem Paradigmenwechsel. Frauenforschung wurde zur Geschlechterforschung, und dies bedeutete eine Verschiebung der Forschungsperspektive von der Mikroebene zur Makroebene (Kreisky 2004, 30). Wie Eva Kreisky darauf hinweist, verschob sich der Fokus von individuellen Verhaltensweisen und Einstellungen zur Relevanz gesellschaftlicher Strukturen, und es ging darum, wie Geschlechterverhältnisse politisch geformt werden. Das heißt, zwei Dimensionen sind für die Geschlechterforschung oder Gender Studies von zentraler Bedeutung: erstens eine strukturtheoretische Dimension. Das bedeutet, dass Gender durch gesellschaftliche und politische Strukturen wie beispielsweise Ressourcenverteilung etc. hergestellt und auch durch politische Institutionen wirksam wird. Zweitens kam es mit der Verschiebung zu einer Absage an binären Identitäten. Differenzen wurden nicht mehr alleine zwischen Frauen und Männern wahrgenommen, sondern auch innerhalb der Gruppe von Frauen und Männern gesehen. Frauen und Männer als monolithische Gruppen wurden also zunehmend hinterfragt und um andere «geschlechtliche Positionen» (Meuser 2004, 324) erweitert, wie z.B. sexuelle Orientierung, Rangordnungen unter Männern und unter Frauen etc.

Das theoretische Konzept von Gender Mainstreaming reflektiert diese zwei Dimensionen: Zum einen geht es darum, politische Strukturen und Prozesse in politischen Institutionen in den Blick zu bekommen und diese aus einer Geschlechterperspektive zu hinterfragen und zu transformieren. Gender Mainstreaming geht es daher nicht in erster Linie um individuelle Befindlichkeiten und Einstellungen von Personen, sondern es geht darum, die Herstellung von Geschlechterstrukturen durch politische Prozesse und Institutionen in den Blick zu bekommen und zu verändern. Und es geht zum anderen darum, binäre Ordnungen aufzubrechen und die Vielzahl von geschlechtlichen Artikulationsweisen in den Blick zu bekommen. Das heißt, Geschlecht wird nicht nur in Form von Männern und Frauen sichtbar, sondern auch durch ethnische, sexuelle, sozialökonomische Differenzen unter Frauen und Männern. Damit soll der Normierung von Frauen als Frauen und Männer als Männer entgegengetreten werden.

Mainstreaming Gender in der Männerpolitischen Grundsatzabteilung – Verfestigung oder Aufweichung von Geschlechternormen?

Nun stellt sich die Frage, ob die Männerabteilung im österreichischen Sozialministerium dem Konzept von Gender Mainstreaming gerecht wird. Welchen Aufgabenbereichen widmet sich die Männerabteilung, welche Expertinnen und Experten werden herangezogen und welches Geschlechterbild wird dabei sichtbar? Meine These ist, dass die Männerabteilung dem Anspruch von Gender Mainstreaming nicht gerecht wird. Dies wird anhand mehrerer Dimensionen sichtbar.

Wenn wir einen Blick auf die von der Abteilung veröffentlichten Studien und Publikationen (vgl. BMSGK 2001; 2004; 2005a; 2005b; 2005c; 2006) werfen, wird erstens sichtbar, dass Geschlechterverhältnisse von der Abteilung in erster Linie als individuelles und psychologisches «Problem» wahrgenommen werden. Der Fokus der Abteilung richtet sich weniger auf staatliche politische Prozesse als auf sozialpsychologische Themen wie beispielsweise Beziehungsprobleme in der Familie, Suizide bei Männern, Männergesundheit, Scheidungsfolgen für Männer, Folgen für Kinder bei «Väterentbehmung» usw. Die Studien der Abteilung handeln von der Beziehung des Vaters zum Kind, wie sich «Männlichkeit», «Weiblichkeit», «Väterlichkeit» und «Mütterlichkeit» in erster Linie aus psychologischer Sicht entwickelt, welche negativen Auswirkungen die Abwesenheit des Vaters nach der Scheidung auf die Kinder hat usw. Dies korrespondiert auch mit der Auswahl, der von der Abteilung herangezogenen Expertinnen und Experten, durch deren Expertise die Problemdefinition artikuliert und eine gesellschaftliche Positionierung vorgenommen wird. So kommen auf der von der Abteilung herausgegebenen DVD *Was Männer bewegt*, die jene männerpolitischen Themen präsentiert, mit welchen sich die Abteilung in den letzten Jahren auseinandergesetzt hat, in erster Linie männliche und weibliche Psychologen, Psychotherapeuten und Sozialarbeiter (sehr viele davon aus Ehe- und Familienberatungsstellen) zu Wort. Bemerkenswert ist auch der bedeutende Einfluss von Expertinnen und Experten, die in einem Naheverhältnis zu kirchlichen Organisationen stehen. Was in den Publikationen und Studien fast gänzlich fehlt, ist eine fundierte und ausführliche strukturelle, gesellschaftspolitische und ökonomische Deutung von Geschlechterverhältnissen. Dadurch bleiben in staatliche, ökonomische und gesellschaftliche Strukturen eingelassene Geschlechterverhältnisse dethematisiert. Die von der Männerabteilung betriebene Männerpolitik bleibt auf einer Verbesserung der individuellen Befindlichkeiten von Männern in persönlichen sozialen Beziehungen und innerhalb der Familie beschränkt. Der Fokus der Abteilung richtet sich weniger auf staatliche politische Prozesse als auf sozialpsychologische Themen. Wenn wir beispielsweise den 1. Österreichischen Männerbericht (BMSGK 2006) ansehen, fehlen Daten über politisch-ökonomische Prozesse fast gänzlich. Ausführungen über geschlechtsspezifische Einkommensverteilung, über die Verteilung der Erwerbs- und Hausarbeit, über die politische Partizipation und Repräsentation werden ausgeklammert. Da dies aber wesentliche Faktoren von Geschlechterverhältnissen sind, stellt das meiner Einschätzung nach ein geschlechterpolitisches Problem dar. Außerdem wird damit auch einem zentralen Prinzip von Gender Mainstreaming nicht Rechnung getragen, nämlich die Herstellung von bestimmten Geschlechterverhältnissen durch staatlich-politische und politisch-ökonomische Strukturen in den Blick zu nehmen und zu verändern.

Zweitens wird durch die Arbeit ein binäres Geschlechtermodell verfestigt. Frauen und Männer werden als zwei unterschiedliche, monolithische Gruppen dargestellt. Dies ist an mehreren Punkten sichtbar: Es ist davon die Rede, dass es an einem gegenseitigen Verständnis zwischen Mann und Frau fehlen würde, dass «Männersprache und Frauensprache» und «unterschiedliche Zugänge und Ausdrucksformen (...) nicht zu leugnende Tatsachen» wären (BMSGK 2005b). In den Beiträgen zur Geschlechtertheorie ist «von einer von Gott gegebenen Natur von Mann und Frau» (BMSGK 2001, 133) oder von «genuin männlichen Eigenschaften» (ebd. 14) zu lesen. Männer und Frauen werden als zwei unterschiedliche, monolithische Gruppen dargestellt, die differente Probleme haben. Differenzen zwischen Männern und zwischen Frauen entlang von Ethnie, Religion, sexueller Orientierung, Alter oder sozialer Herkunft werden ausgeblendet. Der Grund für Beziehungsprobleme zwischen den Geschlechtern liegt in diesem Erklärungsmodell an der grundsätzlichen «Andersartigkeit» von Frauen im Vergleich zu Männern. Das bedeutet, Geschlechterverhältnisse werden von den zu Rate gezogenen Expertinnen und Experten tendenziell naturalisiert und damit auch ein Stück weit der politischen Debatte entzogen. Auch das widerspricht dem theoretischen Konzept von Gender Mainstreaming, das über die binäre Geschlechterlogik hinausgeht und dem Faktum Rechnung tragen soll, dass sich Männlichkeit auf sehr unterschiedliche Art äußern kann. Auch im 1. Österreichischen Männerbericht (BMSGK 2006) fehlt diese Vielschichtigkeit. Es werden z.B. unterschiedliche Männlichkeitserfahrungen, zurückzuführen auf Migrationshintergründe, nicht thematisiert, oder die Erfahrungswelten von schwulen Männern wird nicht angesprochen. Anmerken möchte ich hier nochmals, dass das von der Männerabteilung propagierte Männerbild auch von anderen männerpolitischen Gruppen in Zweifel gezogen und kritisiert wird. Die Wiener Männerberatung, eine vergleichsweise große Einrichtung, lehnt das Männerbild der Abteilung explizit ab.

Drittens ist feststellbar, dass durch die Abteilung immer wieder auf Feminismus und Frauenpolitik zurückgegriffen und diese tendenziell negativ bewertet wird. Feminismus wird als «Geschlechterkrampf» und «Frontstellung zum anderen Geschlecht» (Günter Danhel auf der DVD *Was Männer bewegt*) bezeichnet. Probleme von Männern werden sehr oft vor dem Hintergrund der Emanzipation von Frauen und des Feminismus erklärt. Andere Erklärungsmuster wie z.B. soziale Herkunft, Migrationshintergrund etc. werden auch in diesem Zusammenhang ausgeblendet. Parallel dazu werden Burschen und Männer als die «neuen» Verlierer beispielsweise bei Erziehung oder bei Scheidung und Beziehungskonflikten dargestellt. Diese Darstellung halte ich für problematisch, zum einen durch die Ausblendung von strukturellen, politischen und ökonomischen Kontexten und zum anderen durch die Vernachlässigung der Differenzen innerhalb feministischer Theorie und Politik. Auch in Bezug auf die Umsetzung von Gender Mainstreaming ist die tendenzielle Diffamierung von Frauenpolitik und Feminismus problematisch, da jene wesentlicher Teil von Gender Mainstreaming sein sollte, weil sie, wie der Soziologe Michael Kimmel darlegt, Frauen und daher auch Geschlecht als relevante Kategorie erst sichtbar gemacht hat (2004, 338). Frauenpolitik und -forschung hat den Geschlechterbias von politischen Prozessen deutlich gemacht und kann daher also nur als zentraler Bestandteil von Gender Mainstreaming verstanden werden.

Viertens ist eine Konzentration der männerpolitischen Arbeit der Abteilung auf Familienpolitik zu beobachten. Familie wird als Ort der Geborgenheit, eine «funktio-

nierende» (heterosexuelle) Paarbeziehung als wichtiges Element und Ideal für ein glückliches Leben dargestellt. Sehr viele «männliche» Probleme, die auf der DVD *Was Männer bewegt* und grundsätzlich in den Veröffentlichungen der Abteilung (wie der schon erwähnte Männerbericht) dargestellt werden, kreisen um Themen der Kindererziehung, Familienprobleme, Scheidung, Gewalt (gegen Männer in der Familie) oder Sexualität. Die Geschlechternormen, die im propagierten Familienideal ihren Ausdruck finden, werden in der Problemanalyse durch die Expertinnen und Experten eingeführt und naturalisiert. Es wird ein «gezielter Schutz» und die «Förderung von Ehe, Familie und Kindern» (BMSGK 2001, 46) verlangt. Auch hier ist festzustellen, dass differente Lebensentwürfe unter Männern wie beispielsweise schwule Partnerschaften oder Kinder- und Ehelosigkeit ausgeblendet werden. Die vielfältigen Lebensrealitäten von Männern in der Arbeit, in der Freizeit und in ihren Beziehungen werden nur sehr rudimentär behandelt.

Abschließend möchte ich aber darauf hinweisen, dass ich durchaus Chancen für und die Notwendigkeit von Männerpolitik sehe. Dafür müsste die männerpolitische Arbeit aber den zwei Dimensionen von Gender Mainstreaming gerecht werden: nämlich sich einerseits von der Fixiertheit auf die individuellen Befindlichkeiten von Männern zu lösen und verstärkt politische und ökonomische Strukturen in den Blick nehmen, welche zur Herstellung von Geschlechterverhältnissen beitragen, und andererseits müsste sich auch die Männerpolitik von der Vorstellung der Geschlechter als binäre Ordnung lösen. Auch hier sehe ich sehr starken Handlungsbedarf für Männerpolitik. Beispielsweise müssten unterschiedliche Männlichkeitsentwürfe aufgrund Migrationserfahrungen stärker in den Blick genommen oder auch den vielfältigen Beziehungsformen verstärkter Rechnung getragen werden. Ansonst wirkt die politische Umsetzung von Gender Mainstreaming eher im Sinne einer Festschreibung der Geschlechterdifferenz.

An dieser Stelle möchte ich noch auf den Soziologen Michael Meuser verweisen, der in einem Artikel (2004, 322ff.) die Frage aufgeworfen hat, ob Gender Mainstreaming in der politischen Praxis im Sinne einer Festschreibung oder einer Auflösung der Geschlechterdifferenz umgesetzt wird. Das Beispiel der Männerabteilung weist auf ersteres hin. Mit Verweis auf Gender Mainstreaming wurde mit dieser Abteilung eine Männerpolitik institutionalisiert, die im Sinne einer Verfestigung von traditionellen Geschlechterrollen wirksam wird und daher dem transformativen Charakter von Gender Mainstreaming widerspricht.

Monika Mayrhofer ist Wissenschaftlerin am Institut für Politikwissenschaften der Universität Wien.

Literatur

- BMSGK (o.J.): Männerpolitik. www.bmsg.gv.at, 01.12.2005
BMSGK (2001): Geschlechtertheorie. Wien
BMSGK (2004): 1. Europäische Väterkonferenz. 15. und 16. September 2004. Wien
BMSGK (2005a): Grundsätzliches zur Männer- und Geschlechterpolitik. In: www.bmsg.gv.at, 21.12.2005
BMSGK (2005b): Männerpolitische Grundsatzabteilung. Profil. Aufgaben und Ziele. www.bmsg.gv.at/cms/site/liste.html?channel=CH0132, 14.12.2005

- BMSGK (2005c): Was Männer bewegt. DVD. Wien
- Kimmel, Michael (2004): Frauenforschung, Männerforschung, Geschlechterforschung: Einige persönliche Überlegungen. In: Meuser, Michael; Claudia Neusüß (Hrsg.): Gender Mainstreaming. Konzepte – Handlungsfelder – Instrumente. Bonn, S. 337-355
- Köpl, Regina (2005): Gendering political representation: debates and controversies in Austria. In: Lovenduski, Joni (Hrsg.): State Feminism and Political Representation. Cambridge, S. 20-40
- Kreisky, Eva (2004): Geschlecht als politische und politikwissenschaftliche Kategorie. In: Rosenberger, Sieglinde K./Birgit Sauer (Hrsg.): Politikwissenschaft und Geschlecht. Wien
- Meuser, Michael (2004): Gender Mainstreaming: Festschreibung oder Auflösung der Geschlechterdifferenz? Zum Verhältnis von Geschlechterforschung und Geschlechterpolitik. In: Meuser, Michael; Claudia Neusüß (Hrsg.): Gender Mainstreaming. Konzepte – Handlungsfelder – Instrumente. Bonn, S. 322-336
- Rosenberger, Sieglinde Katharina (1997): Frauen- und Gleichstellungspolitik. In: Dachs, Herbert et al. (Hrsg.): Handbuch des politischen Systems Österreichs. Die Zweite Republik. Wien, S. 690-699
- Sauer, Birgit (2001): Die Asche des Souveräns. Staat und Demokratie in der Geschlechterdebatte. Frankfurt/New York
- Sauer, Birgit/Tertinegg, Karin (2003): Policy Frames and Implementation Problems: The Case of Gender Mainstreaming. State of the Art and Mapping of Competences in Austria. www.mageeq.net, 01.10.2005
- Squires, Judith (2001): Representing groups, deconstructing identities. In: Feminist Theory. Vol. 2, no. 1, S. 7-27
- Squires, Judith (2005): Is Mainstreaming Transformative? Theorizing Mainstreaming in the Context of Diversity and Deliberation. In: Social Politics. 12. Jg., H. 3., S. 366-365
- Verloo, Mieke (2001): Another Velvet Revolution? Gender Mainstreaming and the Politics of Implementation. IWM Working Paper No. 5/2001. Wien
- Verloo, Mieke (2005): Displacement and Empowerment: Reflections on the Concept and Practice of the Council of Europe Approach to Gender Mainstreaming and Gender Equality. In: Social Politics. 12. Jg., Nr. 3. S. 344-365
- Woodward, Alison E. (2004): Gender Mainstreaming als Instrument zur Innovation von Institutionen. In: Meuser, Michael; Claudia Neusüß (Hrsg.): Gender Mainstreaming. Konzepte – Handlungsfelder – Instrumente. Bonn, S. 86-102

Diskussion

(Auszüge)

Johannes Berchtold Ich bestreite das gegen die Arbeit der Männerabteilung Vorgebrachte. Wenn wir zum Beispiel eine Väterkonferenz in Wien veranstalten, zu der wir einen Bischof aus Salzburg einladen, so darf dieser dort sagen, was er möchte. Die Meinungsfreiheit gilt hoffentlich noch so weit, dass auch ein Bischof seine Meinung sagen, seine Position unter mehreren anderen vertreten darf. Bei dieser Konferenz war auch ein Herr Wetterberg aus Schweden als Referent eingeladen, der im Auftrag der schwedischen Regierung Geschlechterpolitik macht und eine ganz andere Auffassung vertritt. Wir lassen verschiedene Meinungen zu Wort kommen und grenzen auch jene nicht aus, die vielleicht in der Geschlechterpolitik der letzten Jahrzehnte «vergessen» wurden. Die katholische Kirche ist ein Faktor in Österreich, sie hat auch als katholische Männerbewegung eine Stimme, und es ist nicht von Nachteil, Wissenschaftler oder Experten aus diesem Bereich zu befragen, gerade weil sie in der Beratungsszene, insbesondere in den Familienberatungsstellen, sehr aktiv sind. In Deutschland gibt es vielleicht auch katholische, evangelische Männerbewegungen. Warum soll man die ausgrenzen? Es gibt viele offene Fragen. Feminismus prinzipiell als «Geschlechterkampf» zu bezeichnen, das habe ich nie getan. Ich habe mich einmal als Feminist bezeichnet, aber als konsequenter, nämlich einen, der einsieht, dass die Zeit reif ist und die Geschlechterpolitik sozusagen auch auf Männer zugreifen, sie ins Boot holen muss, nicht nur wegen der Männerthemen, sondern weil eine Geschlechterdemokratie nicht von einem Geschlecht als aktivem und von einem Geschlecht als passivem Element bestritten werden kann. Gewisse Punkte sehe ich aber anders, z.B. was die theoretischen Grundlagen anbelangt. Mir geht manches gegen das logische Empfinden, was ich bei Männertagungen mitunter höre. In der Politik geht es auch darum, welche staatlichen Interessen vorhanden sind und wie die Männerpolitik da hinein passt. Ich empfinde es als Anerkennung der besonderen Art, dass man uns vor fünf Jahren sozusagen vielfach die Existenzberechtigung abgesprochen hat, und jetzt, nach fünf Jahren männerpolitischer Arbeit, kann man aus der Sicht mitunter derselben Leute nicht genug gemacht haben. Darin sehe ich in der Tat eine gewisse Anerkennung: dass man von uns noch mehr verlangt. Aber die Gender-Theorie halte ich vielfach auch für einen Irrgarten der Beliebigkeiten. Wir leben in einer Zeit, in der Männlichkeit auf dem Prüfstand steht und viele Unsicherheiten in Partnerschaften bestehen. Wie begegnen sich Partner? Ich halte das für ein außerordentlich wichtiges Thema, das gegenseitige bessere Verständnis der Geschlechter füreinander. Aber diese Theorien, die da mitunter breitgetreten werden, bieten den betroffenen Menschen eigentlich keine Hilfe an. Ich kann mich in einem Ministerium nicht so sehr auf diese Elfenbeinturmdiskussionen im Detail einlassen, obwohl ich es gerne tue, das ist mir ein wirkliches Anliegen. Nur, wenn man jetzt von Frauen und Männern als monolithischen Geschlechterstrukturen, von einem binären Geschlechterverhältnis spricht, muss ich ergänzen: Ja, ich bin tatsächlich der Auffassung, dass es nicht Zufall ist, dass Frau und Mann als zwei Prinzipien (wie Yin und Yang) gewissermaßen die Geschlechterverhältnisse dominieren. Darin sehe ich in der Tat eine Priorität gegenüber Theorien, die vielleicht noch ein halbes Dutzend andere Geschlechter entdecken, erfinden, propa-

gieren etc. Dass es innerhalb der Frauengruppen und Männergruppen verschiedene Formen von Männlichkeitskonstruktionen gibt – das ist schon so, seit die Menschheit existiert. Ich würde nicht behaupten, dass es ein ganz bestimmtes Männerbild gibt, das wir über alles drüber legen müssen. Aber von einer binären Struktur einfach Abschied zu nehmen heißt, es sich zu leicht zu machen. Es gibt so viel Weltfremdes in gewissen Theorien, mit denen man überhaupt nichts bewerkstelligt, daher darf ich auch eine andere Position einnehmen und hoffe, das wird in guter demokratischer Tradition akzeptiert. Es muss möglich sein, den Sozialkonstruktivismus, der in der Geschlechtertheorie noch vorherrscht, auch ins Kreuzfeuer der Kritik nehmen zu dürfen, ohne gleich als mittelalterlicher, rückschrittlicher Geist bezeichnet zu werden. Wir bleiben nicht stehen, und der Sozialkonstruktivismus ist nicht das Allheilmittel in der Gender-Theorie.

Monika Mayrhofer Was ich anmerken möchte zum Konstruktivismus: Den Konstruktivismus in der Arbeit abzulehnen bedeutet, dass man über gewisse Definitionen oder gewisse Geschlechterkonstruktionen oder Geschlechteridentitäten nicht hinauskommen wird.

Mark Gärtner (Dissenz, Berlin) Ich glaube, dass das Nachdenken darüber, wie Geschlecht eigentlich zustande kommt und ob das natur-, gott- oder sonst was gegeben ist oder sozial konstruiert, dass das eine hochgradig politische Grundsatzfrage ist. Es geht nämlich da um Fragen nach sozialen Zusammenhängen, nach Kategorisierung und Geschlecht, nach Geschichtlichkeit von Geschlechterbildern, um Diversität, um Veränderbarkeit. Das ist eine hochpolitische Fragestellung, insofern finde ich diesen wissenschaftlichen Streit auch wenig überraschend und sehr politisch. Ich finde es auch wichtig, dass die Fragestellung, wie mit Ethnizität umgegangen wird, eine geschlechterpolitische Geschichte und Komponente hat. Das lässt sich auch nur mit einem konstruktivistischen Grundansatz der Veränderbarkeit und der sozialen Konstruiertheit von Geschlecht wirklich fassen und begreifen.

Manfred Köhn (Gender-Mainstreaming-Berater) Es ist nicht so, dass man das biologische Geschlecht im Gender Mainstreaming ignoriert. Natürlich ist der Körper auch eine Bedingung dessen, wie soziales Geschlecht konstruiert wird, und neben anderen strukturellen Rahmenbedingungen eben ganz grundsätzlich mit zu berücksichtigen. Gender Mainstreaming braucht die Doppelstrategie, vor allem da, wo es noch ganz starke Benachteiligung von Frauen gibt, zum Beispiel im Erwerbsleben. Die eine Strategie soll realisieren, dass Verwaltungshandeln eben auf das Gleichstellungsziel hin orientiert wird und eine Ausgewogenheit schafft. Und die andere ist noch zusätzlich und so lange nötig, um die bestehende empirische Ungleichheit auszubügeln. Im Rahmen von Gender Mainstreaming können allerdings durchaus Benachteiligungen von Männern behandelt werden. Das passiert in der Tat nicht oft, aber es liegt ganz sicher nicht am Konzept.

Johannes Berchtold Dass Männer selbst Männlichkeitsbilder suchen, ist für uns ein zentrales Anliegen, weshalb meines Erachtens Männerpolitik notwendig ist. Die Männerbilder der Frauenbewegung oder des Feminismus der letzten Jahrzehnte zu übernehmen, das halte ich für überflüssig bzw. überholt, veraltet. Sie sind als Anregung wichtig, zum Teil enthalten sie viele Forderungen, die die Männerbewegung gerade notwendig machen, nämlich dass sich Männer bewegen. Aber Männer müssen das

selbst auf sich nehmen und sagen, jetzt reflektiere ich das, und das ist ein Grundproblem. Doch warum interessiert die Männer das Thema nicht? Allan Guggenbühl, der Schweizer Männerforscher, liefert eine Erklärung: Danach liegt Männern eine geschlechtsspezifische Herangehensweise und gerade diese Psychologisierung oder diese Selbstthematisierung als Geschlechtswesen nicht. Die andere Antwort ist, dass sich Männer einfach nicht dafür interessieren. Aber die Erklärung, warum sie es nicht tun, fehlt. Wir sind bestrebt, die Männer dazu zu bewegen, männliche Identität und männliches Rollenverständnis selbst auf den Prüfstand zu stellen, sich selbst auch zu überprüfen, zu reflektieren und so viele Männer wie möglich in das Boot des Gender-Dialogs zu kriegen. Natürlich wollen wir möglichst alle Männer in Österreich erreichen. Das ist ein erklärtes Ziel, dass Männer sich aktiv an der Geschlechterpolitik beteiligen, das ist aber derzeit nicht die Realität. Nun kann man darüber klagen. Aber ich fange nicht an, den Männern deshalb Vorwürfe zu machen. Man kann auch anfangen, sozialkonstruktivistisch darüber zu reden. Bei der letzten Männertagung in Österreich habe ich einen Theoretiker gehört, der gesagt hat, das Geschlecht ist etwas, für das man sich entscheiden kann. Also frage ich, was machen sie in der Bubenarbeit als Praktiker: «Hey Jungs, ihr könnt's euch entscheiden, wenn ihr morgen Mädchen sein wollt's, dann bitte, entscheidet's euch, ist alles offen.» Nein, so einfach ist das alles nicht. Und da wird einfach zu viel Unfug getrieben. Das meinte ich mit dem sozialkonstruktivistischen Ansatz, ohne deshalb einer Naturalisierung das Wort zu reden. Ich bin der Letzte, der glaubt, Geschlechtsidentität ausschließlich auf biologische Kategorien zurückführen zu können. Ich denke, vielleicht können wir das Wort «Geist» wieder einführen und nicht nur von «sozial» reden. Ich halte das für eine von der Freiheit des Menschen abgeleitete Kategorie, das Soziale, und das Biologische allein ist ohnehin zu deterministisch, um der Freiheit des Menschen gerecht zu werden. Die Weiterentwicklung, der Fortschritt besteht. Schon in den letzten drei Generationen ist eine ungeheure Weiterentwicklung zu beobachten. Die Wirklichkeit ist dynamisch, es bleibt nichts stehen. Auch die Gender-Politik der siebziger Jahre nicht. Der Widerspruch ist etwas Treibendes. Nützen wir die Chance, die Widersprüche auch als Kraft, als Energie, die Sache weiterzuentwickeln. Denn wir stehen am Anfang.

Monika Mayrhofer Es bedarf einer stärkeren Bewusstwerdung der Zielrichtung in der männerpolitischen Arbeit. Und es fehlt die Rückkopplung auf gesellschaftliche Prozesse, auf politische Prozesse – und das ist meines Erachtens ein wichtiger Punkt in der Männerpolitik. Es gibt eigentlich sehr viele Bereiche, wo sich Männerpolitik engagieren kann, z.B. bei der Gleichstellung von Schwulen und bei Männlichkeitsbildern, die auch politisch wirksam werden.

Väterpolitik ist, wenn Papa den Ball rein lässt und darüber spricht

8 Thesen zur Politik für gute Vaterschaft

Vorbemerkung: Dieser Beitrag basiert auf einem Vortrag, der während der Fußball-Weltmeisterschaft im Sommer 2006 gehalten wurde. Der Vortragende war von den Geschnehnissen nicht ganz unbeeindruckt, was in Details auch dieses Textes erkennbar sein könnte. Lesende mögen ihm dies nachsehen.



«...und Papa steht im Tor», so überschrieb die Wochenzeitung *Die Zeit* (Nr. 21, 18.05.2006) bereits vor der Fußball-WM ein großes Interview mit Nationaltorhüter Jens Lehmann. Der erlaubte in diesem Gespräch auch Einblicke in seinen Alltag als Vater und durchaus auch in seine väterliche Rolle. «Papa, du bist luschtig», bekommt er etwa von einem seiner Söhne zu hören, wenn er einen Elfmeter nicht gehalten hat.

Meine erste, ernst gemeinte These ist, dass Väter wie Jens Lehmann, die in der Medienöffentlichkeit stehen und Einblicke in ihren Alltag als Vater erlauben, Vorbildcharakter für die Förderung «Guter Vaterschaft» haben. Mediendiskurse über Vaterschaft fördern Bewusstsein dafür, was «Gute Vaterschaft» sein kann und unterstützen Politik für «Gute Vaterschaft». Ich komme am Schluss darauf zurück.

In acht Thesen stelle ich im Folgenden Instrumente von Väterpolitik dar, die überwiegend bereits praxiserprobt sind und in ihrer gleichstellungs- und kinderpolitischen Wirkung evaluiert werden können.¹

These 1

Väterzeit und Vaterschaftsurlaub und weitere zeitpolitische Instrumente sind Beispiele für gute Väterpolitik, erfolgreich vor allem in den nordischen Staaten.

Um diese These zu untermauern, beschreibe ich Instrumente in nordischen Staaten und ihre Wirkungen.

¹ Ich beziehe mich in meinen Einschätzungen zum Teil auf die Studie von Duyvendak, Jan Willem / Stavenuiter, Monique (eds.) (2004): *Working Fathers, Caring Men. Reconciliation of Working Life and Family Life*. The Hague/Utrecht, http://www.verwey-jonker.nl/images/dynamisch/D9433292_def.pdf; Zusammenfassung S. 139f.

Schweden: Maßnamen und Zahlen²

Vaterschaftsurlaub: Urlaubsanspruch zur Geburt eines Kindes

- Zehn Tage Vaterschaftsurlaub (bei 100 Prozent Gehaltsfortzahlung).
- 80 Prozent aller Väter nehmen Vaterschaftsurlaub, die durchschnittliche Dauer beträgt neun Tage.

Elternurlaub

- Der Elternurlaub beträgt maximal 480 Tage. Davon stehen 60 Tage nur dem Vater und 60 Tage nur der Mutter zur Verfügung.
- Für 13 Monate erhalten Eltern 80 Prozent Gehaltsfortzahlung. Viele Arbeitgeber erstatten die restlichen 20 Prozent.
- Teilzeitberufstätigkeit ist während des Elternurlaubs möglich.
- Aktuell (2005) beteiligen sich 50 Prozent der Väter an der Elternzeit. 1974 (vor Einführung einer exklusiven Väterzeit) waren es 3 Prozent, 1980 21 Prozent und im Jahr 2002 40 Prozent.

Sonderurlaub bei Krankheit eines Kindes

- Arbeitnehmern stehen jährlich 60 Tage Sonderurlaub zur Betreuung kranker Kinder zur Verfügung, bei Fortzahlung von 100 Prozent des Gehalts.
- Es werden durchschnittlich neun krankheitsbedingte Betreuungstage in Anspruch genommen.
- 43 Prozent dieser Tage wurden von Vätern in Anspruch genommen.

Norwegen liefert ein weiteres Beispiel für gute Praxis in der Väterpolitik. Der Elternurlaub kann hier ein Jahr bei Fortzahlung von 80 Prozent des vorherigen Gehalts genommen werden. Alternativ wird für 42 Wochen 100 Prozent des Gehalts gezahlt. Seit 1993 ist ein Monat des Elternurlaubs für den Vater reserviert. Nach Einführung dieses Vatermonats ist die Inanspruchnahme von Elternurlaub durch Väter innerhalb von vier Jahren von 4 auf 55 Prozent gestiegen. Damit nimmt die Mehrheit der Väter in Norwegen den «Papamonat» in Anspruch. Die Mehrheit dieser Väter ist dann mit dem Kind allein zu Hause – die Ehefrau ist ja schon wieder berufstätig, denn die Unterbrechung der Berufstätigkeit soll so kurz wie möglich sein – weil der Arbeitsmarkt dies will.

Das Muster der Elternzeit nehmenden Väter wurde wissenschaftlich begleitet. Das Ergebnis kann als qualitative Veränderung dessen, was Vaterschaft im Alltag ist, gesehen werden: Bevor sie in Elternzeit gingen, dachten viele der befragten Väter, sie könnten die Elternzeit nutzen, um z.B. das Haus zu reparieren. Die Realität jedoch sah anders aus: Die Väter waren voll mit dem Baby beschäftigt – und völlig zufrieden damit.³ Die Wirkung der Alleinverantwortlichkeit kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden: Vater ist nicht länger «Mutter Nummer zwei» oder Assistent oder Zuarbeiter, sondern gleichwertige Bezugsperson, die fähig ist, für das Kind zu sorgen, und diese Fähigkeit aktiv ausübt. Die Vater-Kind-Beziehung – und vermutlich ebenso die Kind-Vater-Beziehung – wird eine qualitativ andere.

² Wenn nicht anders ausgewiesen, beziehen sich die hier genannten Zahlen auf die Jahre 2002 bzw. 2003.

³ Vgl.: Berit Brandth, Elin Kvande (2004): Flexible Fathers – The Norwegian Experience. <http://caring.jafnretti.is/docs/Norway.doc>

Väterzeit und Vaterschaftsurlaub sind gute Instrumente zur Förderung aktiver Vaterschaft. Verantwortlich für «child care» übernehmen Väter diese und eignen sich die erforderlichen Fähigkeiten an. Väter nehmen Väterzeit am ehesten in Anspruch, wenn es eine speziell für sie reservierte Zeit gibt und wenn in dieser eine Lohnersatzleistung bezahlt wird. Vaterschaftsurlaub ist ein hervorragendes Instrument, um früh Fürsorge zu fördern und um die Vater-Kind-Beziehung von Anfang an zu stärken: Der Vater erhält Gelegenheit, sein Kind wirklich kennenzulernen. Es wird Zeit zur Verfügung gestellt, um eine intensive, stabile und sichere Beziehung aufbauen zu können (der psychologische Begriff hierfür ist «Bonding»). Dies ist Grundlage für eine lebenslang währende gute – beidseitige – Beziehung zwischen Kind und Vater. Der Vater kann Fürsorge von Anfang an praktizieren, einüben und somit Verantwortung übernehmen. Dies schafft nicht zuletzt ihm selbst Sicherheit im Umgang mit dem Kind, und er wird sich die Sorge für sein Kind später nicht mehr nehmen lassen.

Auch in gleichstellungspolitischer Hinsicht sind auf Väter gerichtete zeitpolitische Instrumente erfolgreich, weil sich Väter ebenso wie Mütter wegen einer Verantwortlichkeit für Kinder zeitweise vom Arbeitsplatz verabschieden können. Nicht nur Mütter sind mithin – aus der Sicht von Arbeitgebern «ausfallbedroht», sondern auch Väter.

These 2

Politik für gute Vaterschaft implementiert makro-, mikro- und mesopolitische Instrumente, die Hand in Hand wirken!

Beispiel: Eine großzügige, gesamtstaatlich-gesetzliche (makro-, d.h. regierungspolitische) Väterzeitregelung ist wenig wert, wenn auf der betrieblichen (Mikro-) Ebene keine «väterfreundliche» Arbeitskultur existiert. Der Chef eines Vaters, der in Elternzeit gehen will, sagt: «Aha, Sie wollen Elternzeit nehmen. Meinen Sie, dass das Ihrer Karriere zuträglich ist?» Die Kollegen des Vaters tuscheln: «War ja klar – der Junge ist überfordert, jetzt nimmt er eine Auszeit.» Erfahrungen aus Deutschland zeigen, dass Väter in Elternzeit in der Regel kein hohes Ansehen im Betrieb genießen. Fast nie wird wegen eines Vaters eine Abteilung umorganisiert. Das bedeutet, dass das Arbeitspensum des Elternzeit nehmenden Vaters einfach auf die verbleibenden Mitarbeiter umverteilt wird. Kein Wunder, dass dies nicht zu hoher Wertschätzung führt! Das heißt, dass Väterzeit auch in Betrieben kommuniziert werden muss; Führungskräfte müssen gezielt angesprochen und geworben werden.⁴ Väterzeit im väterfreundlichen Betrieb bringt auch Unternehmen viele Vorteile, zum Beispiel zufriedene und motivierte Mitarbeiter sowie Kompetenzen und Fähigkeiten, die, in der Familie erworben, in den Betrieb transferiert werden («Multitasking», Belastbarkeit, Sozialkompetenz etc.). Politisch wichtig ist daher zum einen, die Makro- und Mikroebene zu berücksichtigen, auf beiden Ebenen und in Verbindungen zwischen beiden zu agieren! Eine gute Kombination aus makro-, meso- und mikropolitischen Instrumenten wäre z.B.:

- Vätermonate in der Elternzeit; Vaterschaftsurlaub (makro)
- z.B. Kampagne zur Bewusstseinsbildung; z.B. Auszeichnung für den besten «väterfreundlichen Betrieb» (meso)

⁴ Vgl.: Robert Richter und Eberhard Schäfer: Das Papa-Handbuch. Alles, was Sie wissen müssen zu Schwangerschaft, Geburt und dem ersten Jahr zu Dritt. Gräfe und Unzer Verlag, München 2005; hier: Interview mit Dr. Peter Döge, S. 162.

■ Informations- und Beratungsangebot für Betriebe bzw. Arbeit gebende Organisationen («Väter – ein Gewinn für Unternehmen») (mikro)

Als Beispiel wieder Schweden: Hier finden wir, zumindest zeitweise und auf regionaler Ebene, die gute Verbindung vor: Makroebene: Väterzeit PLUS; Mesoebene: Kampagne plus; Mikroebene: Kurse für werdende Väter. Das Ergebnis: Absolventen der Väter-Trainingskurse nehmen mehr Väter-Urlaubstage. Aber diese Kombination erfolgte noch nicht wirklich als integriertes und abgestimmtes Konzept, sondern quasi zufällig gleichzeitig. Aber die Wirkung sollte beispielgebend sein!

Rob Palkowitz stellte z.B. für eine Region in den USA fest, dass mikropolitische Faktoren wichtiger sind, als makropolitische: Ein Arbeitgeber bzw. eine Unternehmenskultur, die aktive Vaterschaft fördert, ist für die Entscheidungsfindung des einzelnen Vaters wichtiger als ein Elternzeitgesetz, das ihm das Recht zum zeitweiligen beruflichen Ausstieg sichert.⁵

Auch Familie und Partnerschaft sind als «mikropolitische» Einheit zu sehen: Die Partnerin sollte das väterliche Engagement für die Kinder unterstützen – und auch eine solche Haltung kann durch Politik gefördert oder gehemmt werden.

These 3

Politik für gute Vaterschaft adressiert Väter ressourcenorientiert, nicht defizitorientiert!

Spricht man mit berufstätigen Vätern, dann hört man häufig das Argument, dass Berufstätigkeit als Investition für die Familie gesehen wird. Diese Sichtweise sollte man Vätern nicht madig machen, etwa indem man die Sicht vertritt, berufstätige Väter flüchteten aus der Familie. In Deutschland arbeitet keine Bevölkerungsgruppe so viel im Beruf wie Väter mit kleinen Kindern.⁶

Auch die Wertschätzung väterlichen Engagements sollte in der Partnerschaft nicht zu kurz kommen. Wenn die Partnerin dem Vater zum Beispiel zwei- oder dreimal sagt: «Gib mal her; ich kann das schneller/besser; ich weiß, wie das geht.», dann landet die Familie binnen kürzester Zeit im traditionellen Arrangement – und niemand ist zufrieden damit. Für Deutschland gilt, dass sich Väter in ihrer Selbstdefinition zu 69 Prozent in erster Linie als Erzieher ihrer Kinder sehen und erst in zweiter Linie als Ernährer der Familie.⁷ Diese Selbsteinschätzung sollte man beherzigen und nutzen!

In einer Broschüre der schwedischen Elternversicherung, die für die Zahlung des Elterngeldes zuständig ist, wurden 1997 die neun Vorteile aktiver Vaterschaft herausgestellt:

5 Vgl. Palkowitz, Rob (2005): Involved Fathering and Men's Attitudes towards work/family issues, Vortrag bei der Konferenz «Work with Fathers», London, 5. April 2005.

6 Vgl. Peter Döge, Rainer Volz (2004): Männer – weder Paschas noch Nestflüchter. Aspekte der Zeitverwendung von Männern nach den Daten der Zeitbudgetstudie 2001/2002 des Statistischen Bundesamtes. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 46/2004, S. 13-23; Peter Döge (2006) Männer – Paschas oder Nestflüchter? Studie zur Zeitverwendung von Männern in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen.

7 Fthenakis, Wassilios E. (1999): Engagierte Vaterschaft. Die sanfte Revolution in der Familie, Opladen.

1. Lerne Dein Kind kennen! Die Beziehung zwischen Vater und Kind entwickelt sich am tiefsten in den ersten Lebensmonaten. Diese Zeit kann man nie zurückholen!
2. Dein Vaterinstinkt entwickelt sich in den ersten Lebensmonaten Deines Kindes. Wenn Du Dich allein um Dein Baby kümmerst, lernst Du seine Bedürfnisse und Signale, seine Babysprache kennen. In der ersten Zeit entwickelst Du Dein väterliches Selbstvertrauen.
3. Wenn Du Dein Baby in den ersten Monaten gut versorgst und seine Bedürfnisse kennst, dann wird es später mit Dir seine Sorgen und seine Freuden teilen.
4. Du siehst selbst «live», wie Dein Kind sich entwickelt, und hörst von ihm nicht nur aus Berichten.
5. Die Verständigung über das Kind und geteilte Verantwortung stärkt auch die Beziehung zwischen Dir und Deiner Frau!
6. Du entwickelst Deine emotionale Intelligenz. Für ein Kind brauchst Du völlig andere Fähigkeiten wie zum Umgang mit Erwachsenen.
7. Du entwickelst neue Fähigkeiten – weil Du gar nicht wusstest, was es alles für Aufgaben gibt!
8. Du wirst jede Menge Spaß haben! Das Kind gibt Dir mehr zurück, als Du je geglaubt hättest.
9. Du wirst es nicht bereuen, Dir diese Zeit für dein Kind gegönnt zu haben (...).⁸

Dieser Broschürentext ist ein Beispiel für Kommunikationspolitik als «weiche» Begleitung (Bewusstseinsbildung) harter politischer Instrumente (Gleichstellungspolitik in erster Linie als Arbeitsmarktpolitik; Politik zur Förderung des Kindeswohls. Diese neun Vorteile sind übrigens nichts anderes als populär formulierte wissenschaftliche Fakten!

These 4

Gute Politik zur Förderung guter Vaterschaft fokussiert nicht nur die Gleichstellung der Geschlechter, sondern auch das Kindeswohl!

Die positiven Effekte von Väterzeit wurden bereits unter These 1 beschrieben. Ein weiteres Beispiel für Väterpolitik, die Kinderinteressen im Blick hat, sind die Vätertrainingsprogramme in Schweden im Rahmen von zeitlich und regional begrenzten Modellprojekten. In der Provinz Värmland/Karlstad wurden Vätertrainingsprogramme vor und nach der Geburt des Kindes entwickelt. Beteiligt waren (und sind noch) die kommunale Ebene und die Gesundheitsversorgung. Für die Vätertrainingsprogramme wurden eigens erfahrene Väter rekrutiert und geschulte «daddy leaders». Diese leiteten dann die Väterkurse. Evaluationen zeigen folgende Ergebnisse:

- Teilnehmer dieses Programms nahmen länger Elternurlaub als Nichtteilnehmer.⁹

⁸ Zit. nach Parental Leave in Council of Europe Member States (2005), www.coe.int./equality, www.dadcomehome.org/surveys, Übersetzung: E. Schäfer.

⁹ Vgl. http://www.sweden.se/upload/Sweden_se/german/factsheets/SI/Die_Gleichstellung_von_Frauen_und_Mannern_TS82m.pdf

■ Väter, die Elternurlaub genommen haben, nehmen auch später signifikant mehr Väter-Aufgaben wahr als Nichtteilnehmer.¹⁰

Die Vorbereitung auf die Vaterschaft und auf eine aktive väterliche Rolle sollte institutionalisiert und professionell erfolgen. Dies motiviert Väter besonders und hat positive Langzeiteffekte.

These 5

Es braucht einen breiten Diskurs über Väterlichkeit und Mütterlichkeit in der Öffentlichkeit.

Arbeitgeber und Arbeitnehmerorganisationen sowie Nichtregierungsorganisationen (etwa Wohlfahrtsverbände) usw. sollten in diesen Diskurs aktiv einbezogen werden. Instrument hierfür sind unter anderem Kampagnen. Weiterhin gehört hierzu insbesondere der Diskurs zum Thema «Väter und Vereinbarkeit von Beruf und Familie».

These 6

Erfolge lassen sich mittel- und langfristig (zum Beispiel im Generationenvergleich) weitaus besser einschätzen als kurzfristig.

Auch hierfür gibt es Beispiele: Vor einer Generation waren etwa 5 Prozent der Väter bei der Geburt ihrer Kinder anwesend. Heute sind es ca. 95 Prozent. Eine Zahl aus Großbritannien: Väter spielen heute achtmal soviel mit ihren Kindern wie vor einer Generation. Ein weiteres Beispiel: Zwei Drittel der Väter sehen sich in erster Linie als Erzieher ihrer Kinder und in zweiter Linie als Ernährer der Familie.

These 7

Es muss mehr Wissen über Väter (insbesondere zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie bei Vätern sowie zu bestimmten Zielgruppen, etwa Migranten) gewonnen werden.

Die Gewinnung dieses Wissens sollte viel stärker als bisher praxisbezogen erfolgen, z.B. durch wissenschaftliche Begleitung von Modellprojekten.

These 8

Erfolg wird sich durch prominente Vorbilder und Mediendiskurse über sie schneller einstellen.



Beispiele: Der Finnische Ministerpräsident Paavo Lipponen (Bild) nahm zweimal Vaterschaftsurlaub. Jens Lehmann im Interview mit der ZEIT (Nr. 21, 18.05.2006): Frage: «Sie spielen Fußball mit Ihren Kindern? Antwort: Ja, im Garten. Mats, Lasse und ich. ... ich lasse andauernd einen rein, aber so, dass sie es nicht merken.»

¹⁰ Vgl. Duyvendak, Jan Willem / Stavenuiter, Monique (eds.) (2004): Working Fathers, Caring Men. Reconciliation of Working Life and Family Life. The Hague/Utrecht, http://www.verwey-jonker.nl/images/dynamisch/D9433292_def.pdf

Zusammenfassung

Väterpolitik fördert und unterstützt gute, aktive Vaterschaft ...

- damit Kinder zufriedener aufwachsen und sich besser entwickeln;
- damit Väter verantwortlicher, kompetenter und zufriedener werden.
- Sie fördert die Entwicklung von Kompetenzen und Fähigkeiten («soft skills») für den Beruf.
- Väterpolitik wirkt gleichstellungspolitisch: Die Ausgangssituationen von Vätern und Müttern auf dem Arbeitsmarkt und im Berufsleben werden angeglichen; aktive Vaterschaft ermöglicht Partnerinnen mehr Zeit und Energie für ihr berufliches Engagement.

Deshalb verdient gute Vaterschaft aktive, gezielte Förderung durch passende politische Instrumente, die in der Praxis bereits erprobt sind, die noch weiterentwickelt und vor allem noch besser aufeinander abgestimmt werden können.

Eberhard Schäfer ist Diplom-Politologe und Leiter des Väterzentrums von Mannege e.V., Berlin (www.mannege.de) sowie Vorsitzender des Väter-Experten-Netztes Deutschland e.V. (www.vend-ev.de).
Kontakt: eberhard.schaefer@mannege.de

Gewalt gegen Männer als gesellschafts- und sozial-politisches Problem

9 Thesen

1. Gewalt aufzudecken, der auch Männer ausgesetzt sind, trägt dazu bei, den allgegenwärtigen Mythos der männlichen Unverletzbarkeit zu hinterfragen.
2. Die Verletzbarkeit von Frauen und Männern wird kulturstereotyp immer noch ungleich bewertet: Während eine «schwache» Frau als beachtens- und unterstützenswertes Opfer gesehen wird, wird der viktimisierte Mann ignoriert und bleibt hinter der ihm zugeschriebenen Fassade «männlicher Stärke» auf sich selbst zurückgeworfen. Die Wirkung und Gültigkeit dieses Musters findet sich auch in der Gesetzgebung, dem staatlichen Verwaltungshandeln und der Rechtsprechung wieder.
3. Männer fügen sich gegenseitig vielfältiges Leid zu. Die von Frauen gegen Männer gerichtete Gewalt ist eine Teilmenge der gegen Männer gerichteten Gesamtwelt, die zum großen Teil von anderen Männern ausgeht.
4. «Mann und Opfer» stehen quer zum gängigen Geschlechtersystem und seinen Konstruktionen. Die männlichen und weiblichen Zuschauenden fühlen sich durch die mit dem Opfer assoziierte Schwäche und das damit verbundene Leiden bedroht. Lächerlichmachen, Ignoranz und Verachtung sind die abwehrenden Folgen.
5. «Männer als Opfer» werden dann kulturell akzeptiert, wenn sich daraus eine Täterschaft begründen lässt. Bei der Suche nach Ursachen für das Täterwerden ist der Blick auf die vorausgehenden Opfererfahrungen des Täters geradezu erwünscht. Das Unfassbare lässt sich so erklären, was für die soziale Umwelt wiederum entlastend wirkt.
6. Über die Vor- und Nachteile derartiger Konstruktionen wird weder öffentlich gesprochen, noch besteht bislang ein politisches Interesse, die zugrunde liegenden Mechanismen, die der Gleichberechtigung und Gleichstellung beider Geschlechter zuwiderlaufen, zu verändern. Die Widerstände gegen eine Gleichstellung von Mann und Frau liegen nicht unerheblich in derartigen Konstruktionen begründet.
7. Da Männer und Frauen ein gleichwertiges und unteilbares Menschenrecht auf Schutz ihrer Persönlichkeit haben, steht eine zukünftige Männerpolitik als integrativer Teil von Geschlechterpolitik vor der Notwendigkeit, die «Verletzungsoffenheit» von Männern zu denken.

8. Ohne sich vereinfachender Geschlechterklischees zu bedienen, gilt es, den «verletzten Mann» als dringliches gesellschafts- und sozialpolitisches Problem wahrzunehmen, ernsthaft damit umzugehen und ihn nicht weiter zu ignorieren.
9. Zur Realisierung einer Gleichstellungspolitik, die nicht länger auf dem Mythos der männlichen Unverletzbarkeit und Stärke aufbaut, bedarf es einer spezifischen Frauen- und Männerförderung. Beide haben zum Ziel die Überwindung der traditionellen Geschlechterkonstruktionen im Sinne einer Anerkennung der Gleichwertigkeit von Frauen und Männern. Hierfür ist die emotionale Gleichstellung von Männern unabdingbar. Darüber hinaus sind im öffentlichen Raum Modelle von (nicht-gewalttätiger) Männlichkeit notwendig. Dadurch kann sich der Blick auf geschlechtsspezifische Diskriminierungsformen von Männern schärfen.

Hans-Joachim Lenz ist Sozialwissenschaftler; er betreibt in der Nähe von Freiburg «Forsche Männer & Frauen. Beratung – Bildung – Forschung». Mit seiner bisherigen Forschung schuf er wichtige Voraussetzungen für die zwischen 2002 und 2004 durchgeführte Pilotstudie *Gewalt gegen Männer* des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, deren Ergebnisse im Internet abrufbar sind. Mehr unter www.geschlechterforschung.net

Don't hurry, be happy?

Work-Life-Balance als (geschlechter)gerechte Neuaufteilung von Arbeit und Leben

Work-Life-Balance und Geschlecht

Das traditionelle Rollenbild des männlichen Ernährers hat, tiefgreifenden gesellschaftlichen Veränderungen zum Trotz, bisher wenig von seiner normativen Kraft verloren. Männer, die mehr Zeit für sich, für ihre Familie, für soziales oder politisches Engagement wollen, müssen noch immer mit Ablehnung und Unverständnis rechnen. Teilzeitarbeit bleibt für die meisten Männer ein Fremdwort und ist für eine mutige Minderheit oft gleichbedeutend mit dem Ende ihrer beruflichen Karriere. Das EU-Projekt FOCUS («Fostering Caring Masculinities») untersucht Möglichkeiten und Wege, die Akzeptanz für neue Männerrollen in Unternehmen und Organisationen zu verbessern und Männer selbst zu ermutigen und zu unterstützen, traditionelle Männerrollen zu verändern und zu erweitern. Männer haben nicht nur ein Vereinbarkeitsproblem, sondern auch eine Chance auf «Work-Life-Balance» (WLB) – dies ist eine zentrale gleichstellungspolitische Botschaft.

Der Begriff der Work Life Balance, das angemessene Verhältnis von Arbeit und Leben, wirft dabei ein Problem auf: Ist Arbeit nicht Leben – und umgekehrt? Die Trennung der Sphären «Privatleben» und «Arbeit» sowie die Zuweisung dieser Bereiche an je ein Geschlecht sind eine Erfindung des modernen Kapitalismus: Arbeit wurde zur Erwerbsarbeit und findet nun bezahlt an dafür festgelegten Orten statt; «Leben» ist Privatsache und findet außerhalb der Arbeitsstätte statt. Frauen sind für den privaten, reproduktiven und Männer für den öffentlichen, produktiven Bereich zuständig. Auf Basis einer sozialhistorischen Untersuchung Ute Freverts skizzieren Meuser und Behnke (1998) die Entwicklung des Leitbildes bürgerlicher Männlichkeit im 19. Jahrhundert und schließen: «Berufliches Engagement, geschäftlicher Erfolg und eine solide materialistische Orientierung zeichneten einen bürgerlichen Mann als würdigen Repräsentanten seiner Klasse aus.» (ebd., S. 19) Dieses soziale Muster wirkt bis heute fort. Die Konsequenzen kennen wir alle zur Genüge: eine patriarchal verfasste Öffentlichkeit, die sich erst in den letzten Dekaden langsam für Frauen geöffnet hat, und ein Familienleben, in dem die aktive Mitwirkung von Männern noch immer erschwert ist. Dabei bringt der «postmoderne» Wertewandel eine Vereinbarkeitsproblematik lediglich zum Vorschein, die es durch die geschlechtliche Trennung der Sphären bereits seit langem gibt – auch wenn sie nicht so empfunden wurde, weil darin männliche Reduktion auf den Erwerb (das «halbe Leben») eben normal und gewünscht war.

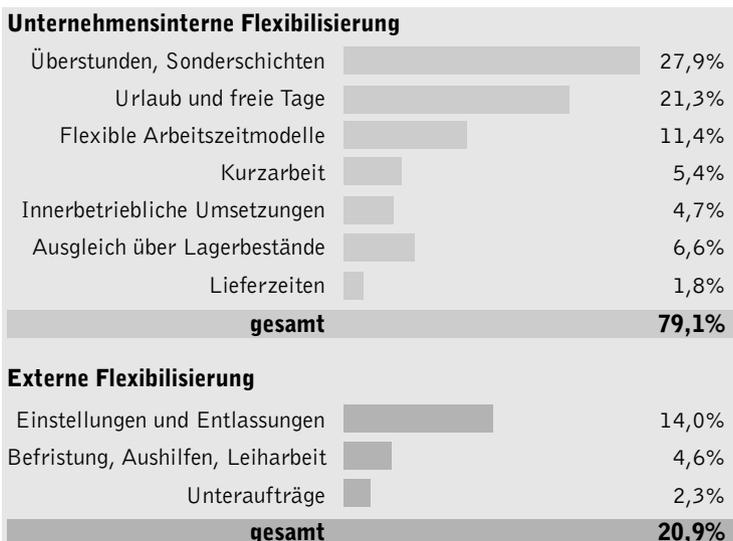
Weil die Aufteilung von Erwerbs- und Nichterwerbstätigkeit ebenso wie die Trennung dieser Sphären geschlechtsspezifisch ist – und Männer und Frauen auf Lebensweisen und Handlungsmuster festlegt – ist es wichtig, Geschlechterpolitik und WLB zusammen zu denken, um der Ungleichverteilung der Ressourcen entgegenzuwirken. Dazu gehört auch Zeit, dazu gehören gesellschaftliche Macht und auch Geld.

Geschlechterpolitisch, so unsere These, bedeutet die Fragestellung von WLB eine geschlechtergerechte Aufteilung von gesellschaftlich notwendiger Arbeit und gesellschaftlich verfügbaren Ressourcen.

Dies ist gleichzeitig ein gleichstellungspolitisch zentraler Inhalt, und damit wird auch ein Bündel männerspezifischer Probleme (Gesundheit, mangelnde Selbstsorge, Reproduktionsferne, Workaholism, Erwerbsmangel, geringere Lebenserwartung, höhere Suizidalität, Familienferne) lösbar. Dies erscheint umso notwendiger, als der männliche Ernährer der fordistischen Epoche zunehmend von Arbeitslosigkeit, Konkurrenzdruck (von Männern und Frauen) sowie Jobs jenseits des Standards konfrontiert ist. Entscheidend für eine erfolgreiche Verbesserung ist es aber, nicht einfach naiv an eine zwangsläufige Verbesserung der Situation zu glauben, sondern sich mit den Rahmenbedingungen vertraut zu machen.

Flexibilisierung, Entgrenzung und Prekarisierung von Erwerbsarbeit

Die Zwänge eines globalisierten Wettbewerbs und seine sich ständig wandelnden Marktbedingungen bilden den Rahmen für aktuelle und künftige Arbeitsverhältnisse: Produktionsprozesse werden möglichst flexibel und dezentral gestaltet, um die Anpassungsfähigkeit des Unternehmens zu erhöhen; über Benchmarking und Profitcenter werden externe Marktzwänge in unternehmensinterne Konkurrenzmechanismen übersetzt, die eine effiziente Produktionsweise sicherstellen sollen. Für die Beschäftigten zieht dieser Prozess einen direkten Wandel in ihren Arbeitsverhältnissen nach sich, der gleichermaßen durch Flexibilisierung, Enthierarchisierung, aber auch durch neue Anforderungen an ihre Selbstorganisation geprägt ist (Nickel/Frey/Hüning 2003, S. 522). Dem möglichen Zugewinn an Autonomie und Gestaltungsspielräumen stehen gestiegene Leistungsanforderungen und eine Entgrenzung der Arbeit gegenüber. Ein anschauliches Bild über die Flexibilisierungstendenzen in Unternehmen und ihre Auswirkungen auf die Arbeitsverhältnisse zeigt das Betriebspanel des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung für das Jahr 2002 (Möller 2003). Es wurden Unternehmen gefragt, mit welchen Maßnahmen sie auf Absatzschwankungen reagierten:



Quelle:
IAB Betriebspanel
(2003, S. 11)

Die Spitzenstellung von Überstunden und Sonderschichten bei den unternehmensinternen Flexibilisierungsmaßnahmen können als Element der Entgrenzung von Erwerbsarbeit interpretiert werden und zeigen, dass die Flexibilisierungspolitik von Unternehmen grundsätzlich von Arbeitgeberinteressen dominiert wird. Die Fragestellung lässt auch vermuten, dass sich selbst die Kategorien «Urlaub und freie Tage» und «flexible Arbeitszeitmodelle» eher an den Flexibilitätsbedürfnissen der Unternehmen als an den Bedürfnissen der Beschäftigten orientierten. Eine effektive WLB-Politik im Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer scheint vor diesem Hintergrund nur schwer durchsetzbar.

In einer vielbeachteten Studie über WLB in amerikanischen Unternehmen beschreibt Arlie Hochschild (2002) ein weiteres Element der Entgrenzung von Erwerbsarbeit: Die Entwicklung einer Arbeitskultur, die Unterschiede zwischen Arbeit und sonstigen Lebenssphären, zwischen Organisation und «zu Hause» verwischt. Flexible und dezentrale Strukturen mit einer hohen Eigenverantwortung der Beschäftigten können dabei zu einer Zunahme von Konkurrenz- und Termindruck und damit zu Arbeitsbedingungen führen, die WLB erschweren, denn Flexibilität bedeutet heute oft, zeitlich und örtlich maximal verfügbar zu sein. Ein Manager aus unserer Studie fliegt oft zwischen drei Städten in drei Ländern hin und her: «Irgendeine Lounge findet sich immer, wo man arbeiten kann. Mein Wohnsitz und vertraglicher Arbeitsplatz ist in A-Stadt. 2-3 Tage in der Woche bin ich unterwegs, an 2 Arbeitstagen kann ich auch zu Hause schlafen. Bei bestimmten Terminen arbeite ich an Wochenenden, dafür nehme ich mir Zeit für Privates, wenn das anliegt.» So fließen Arbeit und Nicht-Arbeit ineinander und werden ununterscheidbar: «Ich könnte meine Arbeitsstunden gar nicht ausrechnen. Da ist man mal auf einer Party, und dann wird da was besprochen oder abgemacht. Ich lese viel über Psychologie. Das macht es aber schwierig zu sagen: «Das ist Arbeit und das ist Freizeit.»»

Dies kann individuell attraktiv sein, aber es ist nur auf der Basis einer relativ individuellen Lebensführung machbar. Eine Familie ist mit einer solchen Lebensweise kaum zu verbinden. Umgekehrt: Wer Kinder hat, kann einen solchen Job nicht machen – er oder sie ist einfach nicht konkurrenzfähig.

Der Teil «externe Flexibilisierung» der oberen Grafik weist auf ein weiteres Charakteristikum des Wandels von Erwerbsarbeit hin, der auch für WLB von besonderer Bedeutung ist: die Prekarisierung. Prekarisierung beschreibt den sozialen Prozess der Erosion von sozial abgesicherter und auf Dauer angelegter Vollzeitbeschäftigung mit existenzsicherndem Einkommen (Normalarbeitsverhältnis) und kann als direkte Folge und sogar Funktionserfordernis des flexibel-marktzentrierten Produktionsmodells betrachtet werden (Dörre/Kraemer/Speidel 2004, S. 383). Kernbelegschaften werden verschlankt und je nach Auftragslage durch Randbelegschaften über Leiharbeits- und Zeitarbeitsverträge unterstützt. Durch Entlassungen und Outsourcing werden die Voraussetzungen für den bedarfsorientierten Einsatz von flexiblen Arbeitskräften geschaffen, die im Gegensatz zu den Kernbelegschaften nur befristet beschäftigt werden (Nickel/Frey/Hüning 2003, S. 532). Die Grafik oben zeigt, dass diese Flexibilisierungsstrategie gängige Praxis in Unternehmen ist. Es lässt sich sagen, dass jede atypische Beschäftigung ein prekäres Potential besitzt und dass es über die rein quantitativen Daten eine subjektiv empfundene prekäre Lage gibt. In Anbetracht einer hohen strukturellen Arbeitslosigkeit und einer angespannten Lage auf dem Arbeitsmarkt verbirgt sich hinter vermeintlicher Stabilität von «normal» Beschäftigten immer häufiger

die Angst vor Arbeitslosigkeit. Nach einer Studie gaben 2004 15,5% der Befragten an, «große Angst», 23% «mal mehr, mal weniger Angst» vor Arbeitslosigkeit zu haben, 31,6% hielten es für «sehr wahrscheinlich» oder «eher wahrscheinlich», dass sie in den nächsten fünf Jahren arbeitslos werden.

Eine für WLB gravierende Auswirkung dieser Unsicherheit ist, dass qualitative Arbeitsansprüche, im Sinne von Flexibilitätsansprüchen der Beschäftigten oder gar von Arbeitszeitverkürzungen, in Unternehmen und Verwaltungen kaum noch artikuliert werden. Positive Flexibilitätserfahrungen und damit die Chance auf eine gelebte Balance von Arbeit und Leben bleiben vor diesem Hintergrund vor allem denen vorbehalten, die sich aufgrund ihrer Qualifikation und ihrer Arbeitsmarktchancen eine «frei gewählte Instabilität» des Arbeitsverhältnisses leisten können (Bourdieu 2000, S. 73).

Die Individualisierung des Vereinbarkeitsproblems

Die Familienpolitik trägt den Veränderungen auf den Arbeitsmärkten, aber auch der demographischen Krise zunehmend Rechnung, zuletzt insbesondere durch eine – verhaltene – «Skandinavisierung» in Form des Erziehungsgeldes. Dies kommt allerdings in deutschen Unternehmen erst mit Zeitverzögerung an. Noch immer gilt im Management die gläserne Decke – vor allem für Frauen, aber auch für manche Männer. Dies liegt daran, dass hier Überstunden und Wochenarbeitszeiten selten unter 60 Stunden anfallen, was eine aktive Teilnahme am Familienleben oder eine Balance von Job und sonstigem Leben unmöglich machen.

Aufgrund fehlender Betreuungsangebote, traditionaler Einstellungs- und Partnerschaftsmuster, aber auch aufgrund verfügbarer Ressourcen wird ein Rückgriff auf eigene Netzwerke sichtbar. Dabei haben wir – in unserer Betriebsstudie wird das deutlich – in einer Organisation der öffentlichen Verwaltung eher egalitäre Paararrangements, vereinzelt Männer in Erziehungszeit und in einem besonderen Fall auch die Ausbildung sozialer Netzwerke von Eltern und Freundinnen und Freunden ohne Kinder, die regelmäßig oder in besonderen Fällen die Kinderbetreuung übernehmen.

In einem Industrieunternehmen fanden wir demgegenüber eher traditionalere Muster vor: Die Frauen arbeiten deutlich weniger in niedrigeren Positionen als die befragten Männer und sind eher für Kinder zuständig. Oft entlasten die eigenen Eltern das Paar bei Betreuungsaufgaben.

Über dieses Unternehmen sagte ein Angestellter: «Man spricht zwar sehr viel von WLB und Vereinbarkeit, aber wer in Elternzeit geht, ist erstmal weg. Die Frauen, die Teilzeit arbeiten, haben es auch nicht leicht. Es wird nie so direkt gesagt, aber sie merken es an den Reaktionen, sie stehen nicht in Verteilern, Termine werden auf Tage gelegt, wo sie eigentlich frei haben. Das Unternehmen schreibt sich WLB sehr groß auf die Fahnen, ob das immer so eingelöst wird, da hab ich manchmal so meine Zweifel.»

In jedem Fall gilt: Die familiäre Seite der WLB wird, insbesondere für Männer, «privatisiert» und individualisiert: Ansprechpartner in den Betrieben, die sich z.B. für werdende Väter zuständig fühlen, gibt es nicht.

In allgemeinen Fragen der WLB wird bei betriebsinternen Fortbildungen auch eher auf Übungen zum Stressabbau verwiesen, nach dem griffigen Motto des Life Leadership Trainers Lothar Seiwert: «Don't hurry, be happy!» Dabei wird dann übersehen, dass nur ein Teil der Balance frei bestimmt wird. Einkommen, zugemutete Arbeitszeit

oder die Unternehmenskultur spielen eine weit größere Rolle als die – sicherlich wichtige – Fähigkeit zum entspannten Umgang mit Arbeitsbelastung.

Auf dem Weg zur Balance

Die Impulse aus der Familienpolitik sind sicher richtig, sie müssen aber in Organisationen verankert werden. Die derzeit stark von Konkurrenzdruck und Standortlogik bestimmten Unternehmensstrategien sind dabei eher hindernd als förderlich.

Dennoch sollte, auch unter den bestehenden Marktbedingungen, über konkrete Lösungen nachgedacht werden. So ist zum Beispiel unverständlich, warum aktive Elternschaft als Karrierehemmnis wirkt. Die Lerneffekte, die sich aus der Beschäftigung mit Kindern – und aus der Übernahme einer umfassenden Verantwortung für einen Menschen – ergeben, wirken sich erfahrungsgemäß auch positiv auf die Arbeit aus.

Bei der Frage, wie WLB hergestellt werden kann, schlagen wir eine Doppelstrategie vor:

Einerseits müssen Veränderungen her, um die geschlechtsspezifische Aufteilung von Arbeitsmustern und Lebenssphären zu verändern und die kulturelle Hegemonie veralteter Leitbilder zu brechen. Um dem Leitbild des allzeit verfügbaren, auf die Ernährerrolle festgelegten Mannes etwas entgegenzusetzen, könnten z.B. spezielle Trainings von Trägern der beruflichen Weiterbildung, gerade auch von Gewerkschaften, zu Männer- und Männlichkeitsthemen – z.B. zur Verbesserung sozialer Kompetenz oder zur Work-Life-Balance, auch unter Einbezug von Gesundheitsaspekten – entwickelt werden.

Andererseits muss Geschlechtergerechtigkeit aber auch zu einem Modell bei der Herstellung einer grundsätzlich gerechten Verteilung gesellschaftlicher Ressourcen und notwendiger Arbeit werden. Die neoliberale Spaltung der Gesellschaft untergräbt die Grundlage eines solchen Prozesses zunehmend. Eine Geschlechterpolitik unter aktiver Einbeziehung von Männern ist gut beraten, diesem Problem mit sozial- und arbeitsmarktpolitischen Impulsen entgegenzutreten – im eigenen Interesse.

Die Zitate, wenn nicht anders angezeigt, stammen aus der Studie FOCUS, die unter www.caringmasculinities.org veröffentlicht wurde.

Marc Gärtner arbeitet als Sozialwissenschaftler und Gender-Trainer bei Dissens e.V. und genderWerk, Berlin. Kontakt: marc.gaertner@dissens.de

Jonas Gieseke studiert Verwaltungswissenschaft an der Universität Potsdam. Kontakt: jonas_g@web.de.

Literatur

Bourdieu, Pierre (2000): Die zwei Gesichter der Arbeit. Frankfurt.

Dörre, K.; K. Kraemer; F. Speidel (2004): Prekäre Arbeit. Ursachen, soziale Auswirkungen und subjektive Verarbeitungsformen unsicherer Beschäftigungsverhältnisse. In: Das Argument 256, S. 378-397.

Hochschild, A.R. (2002): Work-Life-Balance. Keine Zeit. Wenn die Firma zum Zuhause wird und zu Hause nur Arbeit wartet. Opladen.

- Keller, B.; H. Seifert (2006): Atypische Beschäftigungsverhältnisse. Flexibilität, soziale Sicherheit und Prekarität. In: WSI-Mitteilungen 5/2006, S. 235-240.
- Meuser, M.; C. Behnke (1998): Tausendundeine Männlichkeit? Männlichkeitsmuster und sozialstrukturelle Einbindungen. In: Widersprüche. Heft 67, S. 7-25.
- Möller, I. (2003): Schwankung der Geschäftstätigkeit 2003. Ergebnisse aus dem IAB-Betriebspanel. In: http://doku.iab.de/betriebspanel/ergebnisse/2005_02_01_04_schwankungen_derproduktion_2003.pdf vom 10.06.1006
- Nickel, H.M.; M. Frey; H. Hüning (2003): Wandel von Arbeit. Thesen und offene Fragen. In: Berliner Journal für Soziologie 4/03, S. 531-543.

FACHTAGUNG «MÄNNERPOLITIKEN»

Freitag, 30.6.2006

- 14:00 Begrüßung
- 14:15 Eindrücke, Bilder, Umfrageergebnisse zu Männerpolitik(en)
Männerpolitik – Wat is'n ditte?
Willi Walter, Henning von Barga, Torben Richter
- 14:45 Vortrag und Diskussion
Nachdenken über Männerpolitik, oder: Männlichkeiten im Spiegel des Politischen –
Politiken im Spiegel der Männlichkeiten
Dag Schölper, Dipl.-Politologe, Berlin
- 16:45 Das Runde muß ins Eckige – Männer und Fußball
Viertelfinale Deutschland – Argentinien auf Großbildleinwand

Samstag, 1.Juli 2006

- 9:30 Vortrag und Diskussion
Männerpolitik(en) in der Schweiz
Markus Theunert, Präsident von «männer.ch»
- 10.30 Vorträge und Diskussion
Männerpolitik in Österreich – Ziele, Tätigkeiten und Themenbereiche
Johannes Berchtold, Leiter der Männerpolitischen Grundsatzabteilung im österreichischen Bundesministerium für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz (BMSG)
Männerpolitik in Österreich – Chancen und Probleme
Monika Mayrhofer, Inst. für Politikwissenschaften an der Universität Wien
- 13:45 Foren und Workshops – Männerpolitik(en) in der Praxis
Forum 1: Familien-/Väterpolitik, Männergesundheitspolitik
Eberhard Schäfer, Dipl. Politologe, Leiter des Väterzentrums bei Mannege e.V., Berlin
Forum 2: Gewalt gegen Männer als gesellschafts- und sozialpolitisches Problem
Hans Joachim Lenz, Sozialwissenschaftler und Geschlechterforscher
Forum 3: Männer im (Gender) Mainstream?!
Jan Altmann, Schevitz, Dipl. Soz. Wiss., Tel Aviv
Forum 4: Work-Life-Balance – Ein Schwerpunkt europäischer Männerpolitik?
Marc Gärtner, Dissens e.V. und genderWerk, Berlin
Jonas Gieseke, Universität Potsdam
- 15:30 Talkrunde zur Männer- und Geschlechterpolitik
«Neue Männer(politiken) braucht das Land»?
u.a. mit Prof. Walter Hollstein (IGG Bremen)
Dr. Bruno Köhler (MANNDat, e.V.), Jörg Rupp (Vätergrün)
Dr. Ahmet Toprak (Aktion Jugendschutz Bayern)
Eva-Marie Welskop-Deffaa (AL Gleichstellung BMFSFJ)
Eduard Stapel (LSVD)
Barbara Unmüßig (Vorstand Heinrich-Böll-Stiftung)
Moderation: Dr. Thomas Gesterkamp, Journalist
- 17:00 Ende der Tagung